

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



3 / 2015

25 Jahre Deutsche Einheit: das schwierige Zusammenwachsen

Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, Pegida-Aufmärsche, Abwanderung, soziale Ungleichheit. Die immer noch anhaltenden Probleme der nicht mehr ganz so neuen Bundesländer liegen auf der Hand. Aber wie hat sich Ostdeutschland in den 25 Jahren seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verändert? Fällt die Bilanz eher positiv oder negativ aus? Und wie ist das Verhältnis zwischen West- und Ostdeutschland nach 25 Jahren Einheit?

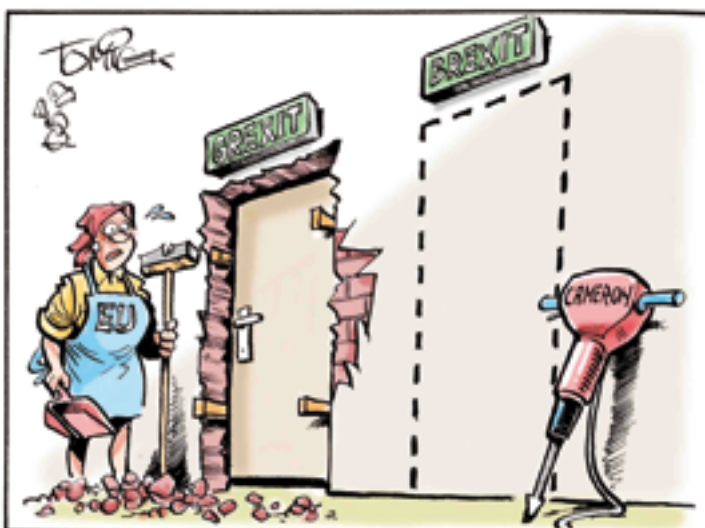
Der diesjährige Passauer Tetralog mit Marianne Birthler, Reiner Kunze, Hans-Jochen und Bernhard Vogel widmete sich dem Thema. Dazu noch eine Tagung, in der unter anderem der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer seine Forschungsergebnisse zur Pegida-Bewegung erläuterte.

ab Seite 16



Hunderttausende waren dabei, als am 3. Oktober 1990 die Fahne der Einheit vor dem Reichstagsgebäude in Berlin gehisst wurde

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-1003-400 / Grimm, Peer / CC-BY-SA



„Umbauarbeiten“

Zeichnung: Tomicek

Europa unter Druck

Die Liste der Probleme in Europa ist lang und wird immer länger: Da ist zum einen die nicht enden wollende Krise um Griechenland. In Großbritannien gibt es massive Loslösungsbestrebungen und spätestens 2017 soll dort über einen Verbleib in der EU abgestimmt werden. Die großen Flüchtlingsströme übers Mittelmeer stellen die Solidarität in der Werte-Gemeinschaft auf eine harte Probe. Und beim Konflikt mit Russland muss sich die außenpolitische Handlungsfähigkeit beweisen. Gleich mehrere Tagungen beschäftigten sich mit Europa und seinen politischen und wirtschaftlichen Krisen. Es ging aber auch um erfolgreiche Modelle der Zusammenarbeit in den Euregios.

ab Seite 3

	Seite
Entfremdet vereint?	3
Brennpunkte europäischer Politik	5
Friedens- und Konfliktforschung meets Sicherheitspolitik	6
Die Rolle der Regionen für mehr Demokratie	7
Grenzenlose Bedrohung oder begrenzte Freiheit?	11
Grenzüberschreitungen auch in der Kunst	12
Jugendarbeitslosigkeit und Frühverrentung	13
Eine Bilanz nach 25 Jahren Deutsche Einheit	16
Das schwierige Zusammenwachsen	17
Der unsichtbare Feind – von Terrorangriffen und Drohnenschlägen	19
Islamismus als Herausforderung für die Demokratie	20
Von der defekten zur gelenkten Demokratie	21
Fremde Freunde?	22
„Radio nicht nur als Audio-Medium begreifen“	25
Gratwanderungen und Grenzüberschreitungen	27
NS-Dokumentationszentrum in München eröffnet	29
Lernort mit Vergangenheit	30
„Was geht mich das an?“	32
Unsere Väter – unsere Mütter	33
In Deutschland wird man schneller arm	36
Bildung – die große Unbekannte	39
„Grünwalder Empfehlungen“ als Blaupause	41
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	42
Pressespiegel	43
Themen - Tagungen - Termine	44
Namen und Nachrichten	48

BLICK ÜBER DEN SEE

Frechheit oder Unvermögen einer Regierung. Beide Punkte werden in der öffentlichen Debatte nicht nur der Bundesrepublik häufig als Grund dafür angeführt, dass sich die Krise um Griechenland so zugespitzt hat. Unabhängig von der Frage nach der Zukunft Griechenlands als Mitglied der Euro-Zone zeigt die Debatte über einen möglichen „Grexit“ noch etwas anderes: Die Krisenbewältigungsstrategien der Euro-19 wirken sich zwangsläufig auf die gesamte Europäische Union aus. Auch aus diesem Grund wird die bekannte Frage nach den Zielen der Europäischen Integration wieder höchst aktuell. Aus bundesdeutscher Perspektive liegt es gerade angesichts der deutschen Vergangenheit nahe, einerseits die Europäische Integration als Friedensprojekt voran zu treiben und andererseits und daraus resultierend, eine wertorientierte Europapolitik zu verfolgen. In der aktuellen Debatte beobachten wir jedoch, dass andere Mitgliedstaaten ganz andere Beweggründe haben, die Europäische Union und ihre Errungenschaften mehr oder weniger hoch zu halten. Das überrascht viele deutsche Diskussionspartner.



Dass wir manches Mal über die Beweggründe der anderen Mitgliedstaaten irritiert sind, sollten wir aber beileibe nicht nur unseren Partnern zuschreiben. Die Ursache für die damit verbundenen Missverständnisse hat auch damit zu tun, dass das alte europäischen Friedens-Narrativ in anderen Mitgliedstaaten zum Teil immer schon, zum Teil auch erst in den letzten Jahren einen geringeren Stellenwert hat als das zumindest den älteren Deutschen nachvollziehbar ist. Nicht nur die Griechenlandkrise oder das anstehende Referendum der Briten über einen möglichen Austritt aus der EU weisen uns darauf hin, dass ein Teil der Mitgliedstaaten – gerade auch vor dem Hintergrund einer Identitätskrise im eigenen Land – einen völlig anderen Blick auf die Europäische Integration hat: Dieser Blick ist interessengeleitet: Bringt uns die EU tatsächlich so viel, dass es sich lohnt, Mitglied zu sein und zu bleiben? Man braucht diesen Blickpunkt nicht zu teilen. Aber wer Missverständnisse im europäischen Diskurs vermeiden will, sollte ihn kennen. Politische Bildung lohnt sich.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch

Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Akademie-Report

HERAUSGEBER:

Akademie für Politische Bildung
 Buchensee 1 82327 Tutzing
 Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14
 Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
 E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

REDAKTION:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)
 Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
 Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Satz & Druck Peter Molnar
 Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben
 ISSN 1864-5488

Entfremdet vereint?

Droht nach dem Grexit nun der Brexit?

Die Einigung Europas ist ohne die Beteiligung des Vereinigten Königreichs nicht denkbar. Zwar zählt es nicht zu den sechs Gründungsmitgliedern, dennoch: Trotz seiner Koketterie mit der „splendid isolation“ ist das United Kingdom unabdingbarer Teil Europas geworden. Nun rückt der Brexit auf die Agenda: Spätestens im Jahr 2017 soll es ein Referendum über einen möglichen Austritt aus der Union geben. Soll und kann man das Vereinigte Königreich in der Europäischen Union halten? Das fragten wir in unserer Tagung „Entfremdet vereint?“

Dabei ging es um Wirkungszusammenhänge und mögliche Entwicklungen, um Auswirkungen auf die britische Wirtschaft, denkbare Reformen und darum, welche Faktoren das Vereinigte Königreich zu einem besonderen Mitspieler in Europa machen.

Unsere Tagung fand nicht ohne Grund auf der Fraueninsel im Chiemsee statt. Die Insellage sollte Eingang finden in den Diskurs über die Inseln jenseits des Ärmelkanals. Eine Ortswahl, die Paul Heardman, dem Generalkonsul von Großbritannien und Nordirland in München, durchaus gefiel.

Zentralismus und Bürokratie

Eine Insel sei immer etwas Besonderes, unterstrich der Generalkonsul. Dennoch gehörten die britischen Inseln zu Europa – und das sei nicht rein geografisch gemeint. Den Vorwurf, die Briten erweckten mit ihren Forderungen an die Europäische Union häufig den Eindruck der „Rosinenpickerei“ wies er zurück. „Das machen alle“, sagte Heardman. „Wir Briten sind sehr direkt. Andere

Getwittert wurde auch fleißig:
#withorwithoutuk

Staaten sind häufig geschickter darin, ihre Europapolitik zu verkaufen. Aber jedes Land hat seine nationalen Interessen.“ Zudem verortet Heardman in Brüssel zu viel Zentralismus und Bürokratie.



Paul Heardman: „Großbritannien ist ein überzeugter Europäer“

Nach seinen Worten strebt sein Land eine enge Zusammenarbeit mit Europa an. Noch enger soll die Kooperation aber nicht werden. Denn nun sei eine Grenze erreicht. Das heiße aber nicht, dass Großbritannien ein schlechtes Mitglied der Europäischen Union sei. Im Gegenteil: „Auch wenn das in der Öffentlichkeit nicht immer sichtbar ist: Großbritannien ist ein überzeugter Europäer.“

Eine Äußerung, die der Botschafter des Vereinigten Königreichs in Deutschland, Sir Simon McDonald so

wahrscheinlich unterschreiben würde. Nicht, ohne ganz diplomatisch darauf zu verweisen, dass das Vereinigte Königreich eine etwas andere Sicht auf Europa hat als andere. Das sei aber durchaus nützlich für Europa. Der Botschafter warf einen kurzen Blick auf die gemeinsame Geschichte, um festzustellen, dass die Briten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aus wirtschaftlichen und nicht aus politischen Motiven beigetreten seien. „Seit wir Mitglied in der Europäischen Union sind, gibt es in meinem Land die Debatte, ob das der richtige Platz für uns in der Welt ist.“

Darüber soll möglicherweise noch im Jahr 2016 abgestimmt werden. Zwischen „Yes“ und „No“ müssen sich die



Botschafter Sir Simon McDonald: „Briten sind aus wirtschaftlichen und nicht aus politischen Motiven beigetreten“

Briten entscheiden, auf die Frage: Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der EU bleiben? McDonald versicherte, seine Regierung sei im Kern proeuropäisch und werde in den kommenden Monaten einen europaweiten Reformprozess anstoßen. „Wir fordern keine Sonderrechte. Die EU soll ihre Flexibilität behalten. Das Konzept einer immer engeren Union muss nicht zwangsläufig und immer für alle Staaten gelten“, brachte der Botschafter die britische Sonderrolle auf den Punkt.

Christian Schweiger von der Universität Durham schätzt das ganz anders ein. Nach seiner Ansicht sieht es schlecht aus mit einem Verbleib des UK in der EU. Schweiger fragte in seinem Vortrag, warum die britische Regierung ausgerechnet jetzt ein Referendum plant. Seine Antwort: „Der britische Premier ist ein Getriebener. Er versucht eine Antwort auf Ukip zu finden und die Spaltung der Tories in der Europafrage zu überwinden.“

Wirtschaft fürchtet Brexit

Ein Szenario, das der britischen Wirtschaft nicht gefällt. Denn die EU ist nicht nur der größte Handelspartner des Vereinigten Königreichs, aus Kontinentaleuropa kommen auch die höchsten Investitionen. Die britische Journalistin Svenja O'Donnell arbeitet für das US-amerikanische Medienunternehmen Bloomberg und kennt die Ansicht großer Wirtschaftsunternehmen im Vereinigten Königreich. Sie fürchten die Nachteile eines Brexit und wollen lieber in der EU bleiben.



Svenja O'Donnell: „Britische Wirtschaft will lieber in der EU bleiben“

Dass Cameron bislang keine konkrete Liste von Reformforderungen an die EU vorgelegt hat, nennt O'Donnell einen geschickten Schachzug. So könne er vorgeben, einen schweren Kampf gefochten und gewonnen zu haben, selbst wenn das Entgegenkommen der EU nur klitzeklein sei.

Skeptisch sieht auch Roland Sturm von der Universität Erlangen-Nürnberg das geplante Referendum. „Wenn

es nicht gelingt, handfeste Aussichten auf Neuverhandlungen der Verträge zu bekommen, dann möchte ich meine Hand nicht dafür ins Feuer legen, dass die Abstimmung gut ausgeht.“

Generell legen die Bewohner der britischen Inseln nicht allzu viel Wert auf geschriebene Normen, wie Sturm verdeutlichte. Im Vereinigten Königreich macht das die Verfassung aus, was die Interpreten der Verfassung sagen. Meist sind das keine Juristen. Traditionell hat das Parlament die Macht zu entscheiden, nicht das Volk. Mit Bezug auf das Mehrheitswahlrecht sagte Sturm: „Der Sinn von Wahlen in UK ist es, regierungsfähige Ergebnisse zu generieren, nicht die Meinung des Volkes abzubilden.“

Fehlender Föderalismus

Ebenso wie Schweiger und O'Donnell hält auch der Direktor des Deutschen Historischen Instituts, Andreas Gestrich, die Migrationsfrage für die eigentlich entscheidende. Zusammen mit der Aushöhlung der parlamentarischen Kompetenzen durch Devolution und die Abgabe von Kompetenzen nach Brüssel und Straßburg belaste diese doppelte Problemlage das Verhältnis zur EU. Zudem sei es dem Land nie gelungen, föderale Strukturen aufzubauen, sagte Gestrich. Nach seiner Ansicht eine wesentliche Voraussetzung mit Blick auf den politischen Prozess in Europa.

Die zunehmende Regionalisierung mit Autonomiebewegungen wie in Schottland nahm Peter A. Kraus von der Universität Augsburg unter die Lupe. Er sieht darin die Chance zu einer demokratischen Erneuerung Europas.

Als „Querdenker“ bezeichnete die bayerische Europaministerin Beate Merk die Briten. „Wir brauchen diese Querdenker, wir brauchen die Briten“, sagte Merk. Cameron zwingt dazu, Europa den Bürgern besser zu erklären. Nicht verhandelbar sei allerdings eine der Schlüsselerrungenschaften der EU: die Arbeitnehmer-Frei-

zügigkeit. Stattdessen forderte sie mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen.



Beate Merk: „Wir brauchen die Briten in Europa“
Fotos: Zerbel

Um die Frage „more or less Europe?“ drehte sich auch die von Akademiedirektorin Ursula Münch moderierte abschließende Podiumsdiskussion. Von einer möglichen Chance durch den Brexit sprach die Volkswirtin Barbara Böttcher, Deutsche Bank Research. Sie erhofft sich von der Diskussion über ein britisches Ausscheiden den Anstoß für ein moderneres Europa. Gisela Stuart, Abgeordnete im House of Commons, stellte eine Iden-



Gisela Stuart: „Nur die Queen und die BBC sind noch britisch“

titätskrise fest: „Das Problem auf der Insel ist mangelnde Britishness, ist englischer und schottischer Nationalismus. Nur die Queen und die BBC sind noch britisch.“

Miriam Zerbel

Brennpunkte europäischer Politik

Schwelende Staatsschuldenkrise, zunehmende Artikulation regionaler Interessen, Flüchtlingsbewegungen, globale Konflikte – diesen Testfällen für die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union widmete sich eine Kooperationstagung mit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Praktiker europäischer Bildungsarbeit, Studierende und junge Wissenschaftler befassten sich drei Tage lang mit spannungsgeladenen Fragen europäischer Politik. Mit der Grundsatfrage „Was ist die EU?“ eröffnete Hans-Peter Folz, Leiter des Instituts für Europarecht der Universität Graz, die Diskussionen. Seine Antwort: „Wir wissen es seit 60 Jahren nicht. Was wir aber wissen: Die EU ist kein Staat“. Die EU habe nicht die Richtung zu den „United States of Europe“ eingeschlagen, sondern den pragmatischen, funktionalen Weg mit Liberalisierung, Wohlstandsmehrung und befriedender Wirkung gewählt. Die Frage eines Endziels der Europäischen Integration bliebe dabei jedoch offen. Gerade Krisen würden sich belebend auf die EU auswirken.

Mit Blick auf die Staatsschuldenkrise, Geldpolitik und Niedrigzinsen sind die Zeiten immer noch bewegt. Bundesbankdirektor Joachim Prasch von der Hauptverwaltung in Bayern nahm eine Standortbestimmung vor. Die Finanzkrise habe schonungslos schwere Mängel und Fehlentwicklungen offengelegt, die vor der Krise zu wenig Beachtung gefunden hätten. Dazu gehörten „hausgemachte“ Fehlentwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten und Schwächen im Rahmen der Europäischen Währungsunion, die die Balance von Haftung und Kontrolle betreffen.

Die Reform- und Konsolidierungsbemühungen in den „Problemstaaten“ müssten fortgesetzt werden. Die Währungsunion brauche einen klaren Ordnungsrahmen, so Prasch. Derzeit ginge die Tendenz eher zu einer Vergemeinschaftung von Risiken, der keine

entsprechenden wirksamen Kontroll- und Durchgriffsrechte gegenüberstehen. Brennpunkte entstehen auch durch politisch mobilisierte regionale



Joachim Prasch: „Währungsunion braucht klaren Ordnungsrahmen“

Fotos: Zerbel

und substaatliche Identitäten – die andererseits auch eine Grundlage der europäischen Integration darstellen. Der Augsburger Politikwissenschaftler Peter A. Kraus zeigte die aktuelle Dynamik im EU-Kontext anhand einiger Beispiele auf.

Unabhängigkeitsbestrebungen

Die Unabhängigkeitsbestrebungen Schottlands seien nach der Volksabstimmung und den britischen Unterhauswahlen zurückgestellt, aber keinesfalls aufgegeben. Was Katalonien betrifft, wies Kraus auf die vorgezogenen Wahlen im September 2015 hin, denen von den Befürwortern einer Autonomie plebiszitärer Charakter zugeschrieben wird.

Carola Burkert vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung befasste sich mit verschiedenen Fragen von Migration innerhalb der EU und – im Rahmen eines Workshops – mit den Flüchtlingsströmen aus Afrika und dem arabischen Raum. Die EU-Zuwanderung sei grundsätzlich auch eine Strategie der Fachkräftesicherung. Es gelte dabei, Fehlentwicklungen zu erkennen und entgegenzusteuern, etwa wenn es um Beschäftigung unterhalb des Qualifikationsniveaus geht.

Flüchtlingsströme nach Europa

Burkert brachte den Teilnehmern zudem die geopolitischen und – auf der Basis von aktuellem Zahlenmaterial – statistischen Zusammenhänge der Flüchtlingsbewegungen näher. Für politische Lösungen auf europäischer Ebene sieht Burkert die Frage der Verantwortungsteilung als zentral an. Diese müsse die Gegebenheiten in den einzelnen EU-Staaten berücksichtigen und flexible, aber verlässliche Verfahren bieten.



Carola Burkert erläuterte aktuelle Probleme der Zuwanderung in die EU

In einem weiteren Workshop stellten der Politikwissenschaftler Stefan Rappenglück und die Juristin Bettina Schmitt von der Hochschule für angewandte Wissenschaften München

neue Materialien und Methoden vor, mit denen Europa im Rahmen von Bildungsveranstaltungen, zum Beispiel an Schulen, vermittelt werden kann. Ein besonderes Augenmerk galt dabei Planspielen und der Simulation von Konferenzsituationen.

Jochen Rehl ist als nationaler Experte beim Europäischen Auswärtigen Dienst tätig. Er analysierte die Rolle der EU inmitten der Weltkonflikte. Aktuelle Konfliktbilder lägen unter anderem im Terrorismus, der hybriden Kriegsführung, der Cybersicherheit, dem Klima-

wandel und der maritimen Sicherheit. Rehl führte die Vielschichtigkeit der Problembereiche auf. So führe



„Unendliche Geschichte“

Zeichnung: Tomicek

der Klimawandel zur Beschleunigung von Konflikten über Ressourcen und Grenzen sowie zu umweltbedingter Migration. Außerdem beeinflusse er die Energiesicherheit. Die maritime Sicherheit sei durch Piraterie und illegales Fischen gefährdet. Probleme mit Migration über Seewege und Grenzstreitigkeiten treten auch in diesem Zusammenhang auf. Rehl sieht die EU als erfolgreichen globalen Akteur. Sie könne umfassend und sowohl mit „Soft Power“ als auch mit „Hard und Smart Power“ agieren. ☒

Gero Kellermann

Friedens- und Konfliktforschung meets Sicherheitspolitik

1987, in kleiner Gruppe, gründeten Frauen in Führungspositionen aus Kreisen der US-Regierung und aus der Wissenschaft das Netzwerk „Women in International Security“ (WISS). Es begann seine Tätigkeit an der University of Maryland, College Park.

Das gemeinnützige und überparteiliche Netzwerk fördert weltweit Frauen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre Expertise umfasst eine Vielfalt an Themenbereichen: unter anderem Friedensmissionen, Europäische Außen- und Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Internationale Organisationen, Entwicklungszusammenarbeit, Abrüstung, Bundeswehr und viele mehr. Heute treffen sich die „WISS“ weltweit in Afghanistan (im Aufbau), Argentinien, Österreich (im Aufbau), Belgien, Kanada, Estland, Deutschland, Griechenland, Indien, Irak, Italien, Kenia, Malta, den Niederlanden, Polen, Rumänien, Serbien, der Schweiz, der Türkei, der Ukraine und in Großbritannien.

Anja Opitz ist seit 2014 Mitglied bei WISS Deutschland und hat nun selbst die Gelegenheit, Frauen auf

ihrem beruflichen Weg zu unterstützen. Als Mentorin im Rahmen eines Programms, welches WIIS im Raum München derzeit in der Testphase initiiert hat, arbeitet sie für die kommenden sechs Monate mit Dorthe Siegmund zusammen. Dorthe ist Doktorandin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München und forscht über lokale Friedensinitiativen im Spannungsfeld von Weltkultur und Konfliktkontext.

Während eines ersten Treffens entstanden nicht nur Ideen für ein gemeinsames Tagungsprojekt und eine gemeinsame Publikation. Auch der Gedankenaustausch über die jeweiligen Forschungsschwerpunkte Sicherheitspolitik (Opitz) und Konfliktforschung (Siegmund) sowie über den gemeinsamen regionalen Fokus

auf den Nahen und Mittleren Osten war von Beginn an sehr bereichernd. Anja Opitz freut sich darauf, Dorthe in der Endphase ihrer Dissertation zu unterstützen und mit ihr an beruflichen Perspektiven zu feilen. Abgerundet wurde das erste Treffen mit einem Blick auf das Kollegium der Akademie und die Freude über einen Namensvetter: Verwandt mit unserem Kollegen Jörg Siegmund ist Dorthe jedoch nicht. ☒

Anja Opitz



Mentorin Anja Opitz (links) unterstützt Doktorandin Dorthe Siegmund

Die Rolle der Regionen für mehr Demokratie

Projekte grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa

In der Europäischen Union sind die Grenzen fast unsichtbar geworden. Es ist normal, über Grenzen hinweg zu arbeiten und zu leben. So entstanden transnationale Verflechtungen und regionale Projekte über die nationalstaatlichen Grenzen in Europa hinweg. Welche Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit gibt es? Wie bewähren sie sich in der Praxis? Und trägt diese Regionalisierung zu mehr Bürgernähe im Sinne einer europäischen Identität bei? Darüber diskutierten Wissenschaftler, politische Akteure und Praktiker.

Grenzen sind in erster Linie politisch gezogen und nicht natürlich, so Tobias Chilla (Universität Erlangen-Nürnberg). Die Idee der harten, nationalstaatlichen Grenze sei zudem eine sehr junge: Erst im 17. Jahrhundert wurden die regionalen Verflechtungen zugunsten nationalstaatlicher Grenzen eingeschränkt. Die einsetzende Umkehr dieser historischen Entwicklung sei heutzutage aber an jedem leerstehenden Grenzhäuschen im Schengen-Raum zu beobachten.

Anpassung und Spezialisierung

Chilla sprach über grenzüberschreitende Verflechtung auf zwei Ebenen: Auf der sozio-ökonomischen Ebene sei nicht abschließend zu beantworten, ob die europäische Integration gleichsam hieße, dass sich die Grenzregionen beider Seiten einander anpassen und konvergieren. Dass aber Unterschiede als Ressourcen fungieren können, treffe insbesondere in grenzüberschreitenden Metropolregionen (im Gegensatz zum ländlichen Raum) zu. So entstand beispielsweise im Gebiet Saarland-Luxemburg eine verstärkte Dynamik durch die Spezialisierung der jeweiligen Region: Arbeiten in Luxemburg, Wohnen im Saarland – vereinfacht dargestellt. Auf der institutionellen Ebene sei zu beobachten, dass eine Verlagerung auf andere Politik- und Verwaltungse-

benen stattfindet. Es etablierten sich neue Akteure und Institutionen auf Makro- und Metaebene: Grenzüberschreitende Entitäten werden zunehmend großräumiger und erlangen dadurch größere Relevanz. Ein Souveränitätsverlust der Nationalstaaten geht damit allerdings nicht einher: Vielmehr entstehen mit den Europa-Regionen neue „Soft Spaces“ im Schatten „harter Räume“. Grenzüberschrei-



Tobias Chilla: „Verflechtung ist kein Automatismus“ Fotos: Kunert

tende Verflechtung sei aber kein Automatismus, der sich nach einer Grenzöffnung von allein einstellen würde: Entscheidend sind konkrete Akteure und die vorliegenden politischen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Begebenheiten.

Im Falle des deutsch-tschechischen Grenzgebiets geschah dies allerdings, wovon unzählige Projekte auf den verschiedenen Ebenen seit dem allmählichen Wegfall der Grenzen nach 1989 zeugen.

Mit dem Beitritt Tschechiens zum Schengener Abkommen 2007 als bisherigem Höhepunkt dieser Entwicklung wurde beispielsweise das Gemeinsame Zentrum der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit gegründet. Polizeirat Josef Eckl, Koordinator des Zentrums in Schwandorf, leitet die Behörde mit 47 deutschen und tschechischen Mitarbeitern. Zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität unterstützt das Zentrum die Sicherheitsbehörden etwa bei Verfolgungs- und Observierungsmaßnahmen, bei Halteranfragen, bei kriminalpolizeilichen Ermittlungsersuchen und in Rechtshilfefällen. Eckl beschreibt das Zentrum als Dienstleister, der rund um die Uhr für die Kooperation im Grenzgebiet zur Verfügung steht. Vertreten sind die Landespolizeien Bayern und Sachsen, die Bundespolizei und die Zollverwaltung sowie auf tschechischer Seite die Polizei und der Zoll, die durch intensiven Informationsaustausch und die Koordination von Einsatzmaßnahmen gemeinsam im Grenzgebiet agieren.

Bayerisch-tschechische Zusammenarbeit

Doch nicht nur Prävention und Aufklärung von Straftaten werden an der deutsch-tschechischen Grenze gefördert. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden entlang der Grenzlinie Euregios gegründet – so etwa die Euregio Egreensis im Egerland. Ihre Aufgabe ist es, die transnationale Verständigung, die gegenseitige Toleranz, die gemeinsame Zusammenarbeit und die Entwicklung über die Grenze hinweg zu fördern.

Birgit Seelbinder (Präsidentin der Euregio Egrensis AG Bayern) berichtet von verschiedenen Projekten, wie Kindersommerlagern und Gastschuljahren zum Austausch zwischen den Ländern. Denn vor allem Kinder seien wichtige „Botschafter“ ihrer Heimatländer und sollen lernen, „das Eigene im Fremden zu erkennen“. Auch wurden im Laufe der Jahre transnationale Großprojekte, wie die bayrisch-böhmische Gartenschau, ein Geo-Park, ein eigener, gemeinsam organisierter Ausbildungslehrgang, aber auch Rad- und Wanderwege realisiert. Über die Jahre sei so das Grenzgebiet zunehmend zu einem gemeinsamen Raum geworden. Der Einzelhandel und der Dienstleistungssektor wurden gefördert, sowie Kommunal- und Schulpartnerschaften etabliert. Gleichwohl gibt es, laut Seelbinder, noch vielfältige gemeinsame Herausforderungen und Aufgabenstellungen. Dazu gehören eine noch engere Abstimmung bei Infrastrukturprojekten, eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber „Brüssel“, aber



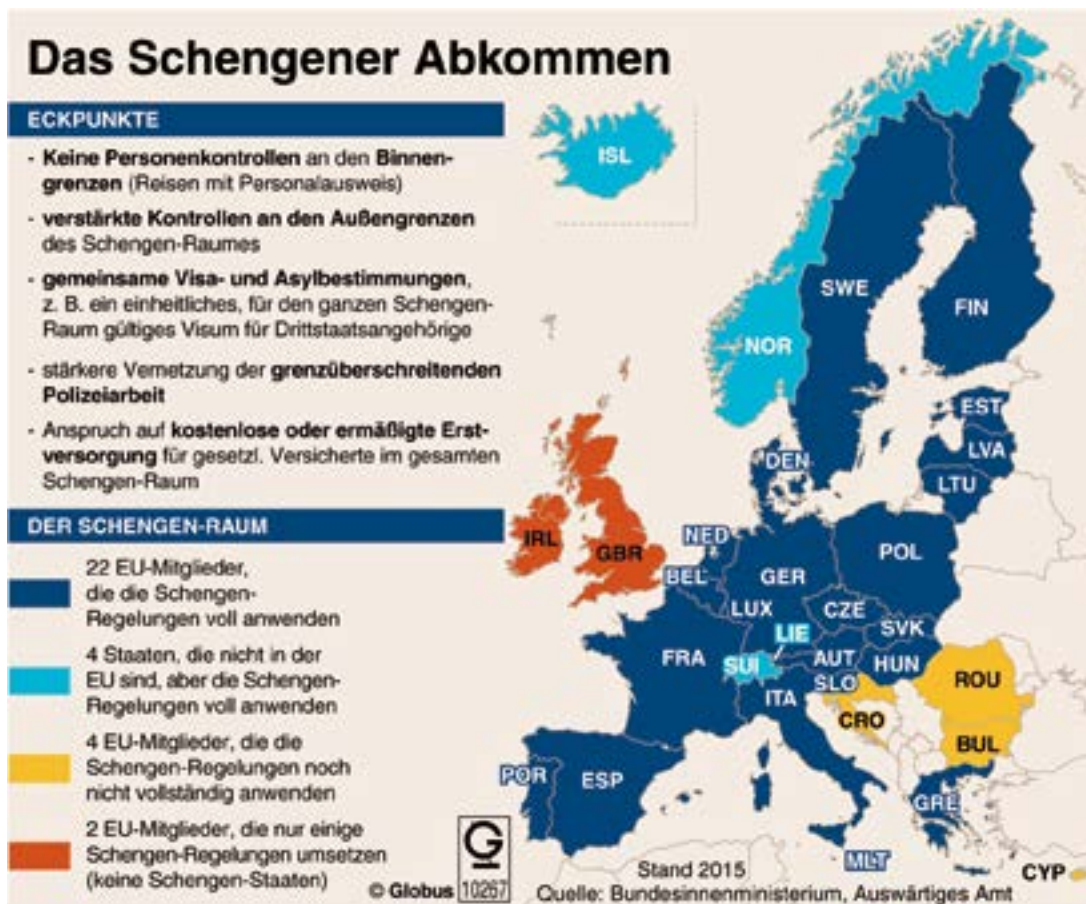
Birgit Seelbinder: „Das Grenzgebiet wurde zu einem gemeinsamen Raum“

auch etwa die gegenseitige Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen sowie die Erweiterung des Verbraucherschutzes.

Eine weitere Form für grenzübergreifende Zusammenarbeit stellen die Makroregionen dar, wofür etwa die sogenannte Donaustrategie als aktuelles Beispiel gilt. Sie wurde durch einen

rechtlichen Akt der Europäischen Kommission im Jahr 2011 ins Leben gerufen und will die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Akteure in ausgewählten Themenbereichen stärken, um den mittel- und südosteuropäischen Raum von der Donauquelle bis hin zum Schwarzen Meer zu einem attraktiven Lebens-, Wirtschafts- und Wissenschaftsraum zu machen. Jürgen Raizner (Steinbeis-Donau-Zentrum) analysierte die gemeinsamen Potenziale des Donauraums, in dem sich ähnliche Herausforderungen, aber auch ähnliche strukturelle Gegebenheiten konzentrieren, was gerade ein einheitliches strategisches Konzept nahelege. Ebenso sollen aber auch hier die durchaus auch vorhandenen Unterschiede als Ressource dienen: im Sinne der Spezialisierung, aber auch des Wettbewerbs um beste Lösungen.

Das Funktionsprinzip der Donaustrategie ist strikt pragmatisch ausgerichtet und folgt der Bottom-up-Logik: Die Handlungsfelder müssen in



der Region selbst identifiziert werden, die Europäische Kommission koordiniert lediglich. So geht es zum einen darum, durch gemeinsame, grenzüberschreitende Projekte auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene die gesamte Region nachhaltig zu stärken. Dabei rangieren die zentralen Themenfelder von Umweltschutz, über die Förderung des Wohlstands durch Investitionen in Forschung, Bildung und Qualifikation bis zur Anbindung des Donauraums durch Verbesserung der Mobilität und Infrastruktur. Zum anderen solle eine effektivere Struktur zur Verwaltung der finanziellen Mittel erreicht werden, zumal gegenwärtig nur Teile der zur Verfügung stehenden Mittel aus den EU-Förderfonds abgerufen werden. Gerade hier liege für die Region ein großes Potenzial. Als Grundvoraussetzung benennt Raizner den Ausbau der transnationalen Kommunikation zwischen den Donauanrainerstaaten.

Modellregion Tirol-Südtirol-Trentino?

Von der Donaustrategie zur Europa-region Tirol-Südtirol-Trentino: Nach anfänglich informeller Zusammenarbeit seit Mitte der 1990er Jahre ist diese gemeinsame Region über die österreichisch-italienisch Grenze hinweg 2006 durch die Einführung des EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) auf (europa-)rechtliche Basis gestellt und 2011 in ihrer jetzigen Form institutionalisiert worden. Alice Engl (Europäische Akademie Bozen) zeigte, dass die konkrete Ausgestaltung dieser grenzüberschreitenden Entität in der Bevölkerung der drei Provinzen zwar (noch) nicht sehr bekannt ist, doch werde grundsätzlich die Intensivierung der Zusammenarbeit begrüßt. Dies eröffnet Potenziale für eine weitergehende Verflechtung. Bislang sei vor allem die politisch-symbolische Dimension der Kooperation im Vordergrund gestanden, nun gelte es vor allem auf der funktional-zweckorientierten Ebene Integrationsfortschritte einzuleiten.

Verallgemeinernd zeigte Engl am Beispiel der Europa-region Tirol-Südtirol-Trentino, dass Voraussetzungen für derartige grenzüberschreitende Verflechtungen die Zustimmung der politischen Eliten, die Beteiligung gouvernementaler und non-gouvernementaler sowie zivilgesellschaftlicher Akteure, die Etablierung über-regionaler Mechanismen und nicht zuletzt die funktionelle Berücksichtigung von regionalen Unterschieden seien. Auf diesem Hintergrund ließen sich zukunftssträchtige grenzüberschreitende Regionen etablieren.



Alice Engl: „Grenzüberschreitende Kooperation braucht die Zustimmung der politischen Eliten“

Die Fallbeispiele für grenzüberschreitende Zusammenarbeit machen deutlich, dass sich jede Region durch aus durch verschiedene Herausforderungen und Potenziale auszeichnet und unterschiedliche Interessen verfolgt. Franz Schausberger, ehemaliger Landeshauptmann von Salzburg und gegenwärtig Vorstandsvorsitzender des Instituts der Regionen Europas (IRE), ist der Überzeugung, dass diese regionalen Unterschiede anerkannt werden müssen – und zwar auch über die EU hinaus. So sei beispielsweise die Situation auf der Krim unter anderem auch deshalb entstanden, weil die ukrainische Regierung die regionale Besonderheit der Halbinsel ignoriert habe. Die Europäische Union müsse regionale und lokale Verwaltungen stärken, um solche Entwicklungen zu vermeiden. Dies gelte sowohl intern

als auch EU-extern, beispielsweise im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

„Friedhof für Staaten“

Generell sei Europa ein „veritable Friedhof für Staaten“ – so Schausberger provokativ. Im Laufe der Geschichte seien viele Nationalstaaten zu Bruch gegangen, während die Regionen meist gleichbleibend stabil geblieben sind. Deshalb forderte Schausberger ein Europa der Regionen. Dieses Konzept hat zum Ziel, möglichst viele Kompetenzen vom Gesamtstaat auf die Regionen zu übertragen und solle so letztendlich eine Stärkung des Kontinents und seiner politischen Verflechtung herbeiführen – ohne allerdings die Nationalstaaten obsolet werden zu lassen. Ein solches Europakonzept würde effizientere öffentliche Verwaltungen etablieren, mehr Bürgernähe der Politik schaffen und einen inspirativen Wettbewerb zwischen den Regionen fördern. Zudem würde es die regionale Vielfalt anerkennen, das Subsidiaritätsprinzip auch tatsächlich mit Leben füllen und schlussendlich der gesellschaftlichen Anonymisierung durch eine stärkere Identifikation der Bürger mit ihrer Region Einhalt gebieten.



Franz Schausberger: „Regionale Unterschiede anerkennen“

Doch kann Regionalisierung tatsächlich die Bürgernähe in der Europäischen Union stärken und das vielfach beklagte Demokratiedefizit ver-



ringern? Nicht unbedingt, sagt Franz Fallend von der Universität Salzburg. Anhand einer europaweiten Meinungserhebungsstudie (CANS: Citizenship after Nation State) zeigt er auf, dass zwar grundsätzlich das Vertrauen in regionale und lokale Politikebenen größer ist als in nationale. Pikanterweise spricht sich die Mehrheit der Befragten aber für nationale Regelungen in zentralen Politikfeldern wie Bildung aus – ein Phänomen, das er als Föderalismus-/Devolutions-Paradoxon bezeichnet. Auch die soziale Solidarität sei innerhalb einer Region nicht unbedingt höher als innerhalb eines Nationalstaates. Die Befragung zeige außerdem, dass Bürger in allen EU-Staaten größtenteils multiple kollektive Identifikationsbezüge aufweisen: gegenüber der Nation und gegenüber der Region sowie zunehmend auch gegenüber einem wie auch immer fassbaren Europa – gleichwohl unterscheiden sich deren jeweilige Intensitäten erheblich. Alles in allem sei dem Wunsch nach mehr Bürgernähe nicht alleine durch eine Regionalisierung und Dezentralisierung von politischer Entscheidungsfindung beizukommen. Oft gilt Regionalisierung selbst als bürgerfern, da sie mitunter als Projekt von politischen und ökonomischen Eliten angesehen wird. Vielmehr sei für die Qualität der politischen Partizipation der Grad des jeweiligen Identitätsbezugs entscheidend: je größer die jeweilige kollektive Identität umso mehr Bürgerbeteiligung – unabhängig ob in der Region oder in der EU.

Europäisches Demos-Defizit

Der Zusammenhang von einer rudimentären Identität einerseits und Bürgerferne sowie mangelnder Bürgerbeteiligung andererseits trifft ganz besonders auf die politischen Entscheidungsprozesse innerhalb der europäischen Institutionen zu. Nach Claudia Wiesner (Universität Marburg) lautet hier die Diagnose: Europäisches Demos-Defizit. Dabei wird unter Demos gemeinhin eine auf Solidarität basierende Gemeinschaft verstanden – mit einem Grad des Zuge-



hörigkeitsgefühls, das nicht nur zur politischen Beteiligung animiert, sondern auch so viel Vertrauen hervorruft, dass man sich dem Mehrheitsvotum der anderen unterwirft und grundsätzlich auch sozialpolitische Umverteilungsmechanismen akzeptiert. Der Demos – auch der nationalstaatliche – ist nicht einfach vorhanden, sondern bildet sich erst in sozialen Prozessen aus. Zentrales Kriterium ist auch hier die kollektive Identität, sprich kollektiv geteilte Haltungen, Werteorientierung und Wahrnehmungsweisen, die immer an die individuelle Identität gekoppelt sind.

Da ein europäischer Demos die gegenseitige Offenheit und Kopplung der nationalstaatlichen Demoi voraussetzt, können gerade regionale, grenzüberschreitende Identitäten den

Weg ebnen. Denn durch diese wird die Ausschließlichkeit des nationalen Demos aufgebrochen, vielmehr wird er durch eine transnationale Komponente ergänzt und damit der Raum für einen genuin europäischen Bezug geöffnet. Damit sich aber der europäische Demos als zusätzliche Kategorie auch tatsächlich ausbilden könne, ist zum einen die Verstetigung der grenzüberschreitenden Kommunikation und zum anderen eine in der Bilanz positive Konnotation des europäischen Integrationsprojektes durch die Unionsbürger erforderlich. Nur dieser Weg könne auch nachhaltig zu einer demokratischen Europäischen Union führen. Die Europaregionen sind ein relevanter Schritt in diese Richtung. ☒

Andreas Kalina
Beryll Kunert

Grenzenlose Bedrohung oder begrenzte Freiheit?

Der bayerische Justizminister Bausback beim Sommergespräch am See

Die Reaktionen auf die Bedrohung durch Terrorismus sind vielfältig und unterschiedlich – national wie international: Vorratsdatenspeicherung oder Online-Durchsuchungen sind nur zwei davon. Im Sommergespräch der Akademie ging es um die zentrale Frage: „Grenzenlose Bedrohung, begrenzte Freiheit?“

Welche Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus und die grenzüberschreitende Kriminalität sind einem freiheitlichen Staatswesen angemessen? Wo liegen die Grenzen für die Zusammenarbeit internationaler Sicherheitsbehörden? Und wie groß ist die Gefahr, dass eine womöglich nur kleine Verbesserung der Sicherheitslage mit der Einschränkung vieler Freiheitsrechte erkaufte wird?

Moderiert von Akademiedirektorin Ursula Münch diskutieren diese Fragen Hartmut Aden von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin sowie der bayerische Justizminister Winfried Bausback.

Obwohl die Debatte Freiheit versus Sicherheit nicht neu ist, hat sie sich seit den Anschlägen vom 9. September 2001 verstärkt. Nochmals befeuert wurde die öffentliche Diskussion

nach Einschätzung der Akademiedirektorin dann durch die Anschläge von Paris im Januar dieses Jahres. Mit dem Spiegel-Zitat, wonach die wichtigste Bombe der Attentäter die mentale Bedrohung ist, verwies Münch auf die von Experten als asymmetrische Bedrohung bezeichnete Gefahr. In der folgenden Diskussion interessierte vor allem, wie groß die tatsächliche Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, insbesondere durch Islamisten und Salafisten, in Bayern ist.

Symbolpolitik oder notwendige Reaktion?

Justizminister Bausback hält die „islamistische Bedrohung für die größte Bedrohung seit Ende des Kalten Krieges“. Daraufhin warnte sein Gesprächspartner Aden, der an der Hochschule in Berlin für den Fachbe-

reich Polizei und Sicherheitsmanagement zuständig ist, vor Überreaktionen und Symbolpolitik. Veränderungen im Strafrecht hätten bei solchen Attentaten kaum steuernde Wirkung und schreckten islamistische Straftäter nicht ab. Aden rief dazu auf, die Verhältnismäßigkeit von Sicherheitsmaßnahmen und Freiheitseinschränkungen zu berücksichtigen, ansonsten drohe ein Minus an Lebensqualität. Zur Bekräftigung zitierte der Berliner Professor Benjamin Franklin, einen der Gründerväter der Vereinigten Staaten: „Wer die Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“

In der Debatte ging es auch um die Frage, ob die so genannte Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe gestellt werden soll. Derzeit ist nur das gezielte Werben um Mitglieder und Unterstützer strafbar. Dem Justizminister geht das nicht weit genug, er will auch bereits das öffentliche Werben für eine Terrororganisation bestrafen. Nur so bekämen die Strafverfolgungsbehörden weitere Ermittlungsansätze, um in terroristische Netzwerke eindringen zu können, so der Minister. Der Bundesrat hat vor kurzem allerdings eine entsprechende Initiative von Justizminister Bausback abgelehnt.

Einig waren sich beide Diskutanten, dass vor allem die Prävention gestärkt werden müsse. Besonderes Augenmerk verdient demnach die De-Radikalisierung im Strafvollzug. Moderatorin Münch mahnte allerdings, nicht alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen.

Streitpunkt Vorratsdatenspeicherung

Zur Debatte stand in der Diskussion zudem, wie weit Polizei und Nachrichtendienste zum Schutz vor Terror-



Sommergespräch am See mit dem bayerischen Justizminister Winfried Bausback (rechts), dem Berliner Rechtsprofessor Hartmut Aden und Akademiedirektorin Ursula Münch als Moderatorin
Foto: Zerbel

rismus und Kriminalität Zugriff auf unsere Daten haben müssen. Zentralen Raum nahm dabei die Frage der Vorratsdatenspeicherung ein, wobei der Justizminister den Begriff Verkehrsdatenspeicherung bevorzugte. „Der Staat speichert nichts“, versicherte Bausback. Das sei vielmehr Aufgabe der Provider. Aden machte daraufhin deutlich, dass der Steu-

erzähler die Kosten dafür trägt. Er sprach von anlassloser Überwachung der Kommunikation der Bürger. „Wir müssen uns fragen, in welchem Verhältnis Aufwand und Kosten stehen“, sagte Aden.

Die Debatte wurde von ARD-alpha aufgezeichnet und im Rahmen der Sendung „Denkzeit“ am 25. Juli um

22.30 Uhr ausgestrahlt. Die Sommergespräche sind ein gemeinsames Projekt der Akademie für Politische Bildung, der Katholischen Akademie in Bayern und der Evangelischen Akademie Tutzing. ☒

Miriam Zerbel

Grenzüberschreitungen auch in der Kunst

Eröffnung der neuen GEDOK-Ausstellung

Auch wenn die Berührungspunkte zwischen Kunst und Politik, kultureller und politischer Bildung zunächst nicht offensichtlich sind – es gibt Gemeinsamkeiten und Übergänge. Das zeigte sich auch bei der Vernissage der GEDOK-Künstlerinnen mit ihrer Ausstellung „20 Positionen: Malerei, Zeichnung, Fotografie, visuelle und konzeptionelle Arbeiten“ in den Räumen.

„Nicht nur die Ziele und Perspektiven ähneln sich auf ganz erstaunliche Art und Weise“, so Akademiendirektorin Ursula Münch in ihrer Begrüßung. „Vielmehr sehen wir auch durchaus ähnliche Herausforderungen bei der Vermittlung der jeweils nicht eben leicht verdaulichen Gegenstände Kunst und Politik.“

Wie ein roter Faden zieht sich in diesem Jahr das Thema „Grenzüberschreitungen“ durch die Arbeit der Akademie und der GEDOK: „Grenzen“ heißt die Serie der Künstlerin Hilla Rost, die mit ihren Arbeiten – unter anderem aus Draht – die Abschottung Europas von Afrika aufgreift und sichtbar macht. Auch die Boot-Szenen von Ursula Steglich-Schaupp knüpfen an die aktuelle Flüchtlings-Problematik an. In der Akademie stehen derweil nicht nur Europäisches Asylrecht und die regionale Verflechtung in Europa auf der

Agenda, sondern auch Flüchtlingspolitik aus kommunaler Sicht oder die Globalisierung von Kriminalität.

Die Verknüpfung von künstlerischen Positionen und dem Programm der Akademie betonte auch die neue Vorsitzende der GEDOK München, Christiane von Nordenskjöld und skizzierte die thematischen Parallelen zwischen der Akademie und der Künstlerinnengemeinschaft, die sich in vielen Werken spiegeln. Die Bilder bleiben bis zur Jahresmitte 2016 hängen. ☒

Miriam Zerbel



Die Künstlerinnen vor einem Werk der Ausstellung

Foto: Zerbel

Jugendarbeitslosigkeit und Frühverrentung

Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen in Deutschland und Europa

Als robust bezeichnet die Bundesagentur für Arbeit aktuell die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Auch in diesem Jahr rechnet die Agentur mit sinkenden Erwerbslosenzahlen. Und selbst die Jugendarbeitslosigkeit ist zumindest in Deutschland kein Thema: Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist so niedrig wie schon lange nicht mehr, die Zahl der Erwerbstätigen so hoch wie nie zuvor. Und doch verbergen sich unter der scheinbar guten Oberfläche Prozesse, die Experten Sorgen bereiten.

Eine Kooperationstagung der Akademie mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg und dem Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg thematisierte die arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen durch Jugendarbeitslosigkeit und Frühverrentung. Der IAB-Wissenschaftler Hans Dietrich

verwies auf die im Vergleich zu Europa geringe (5,2 Prozent im April 2015) und in den letzten Jahren rückläufige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Doch kritisierte er, dass die Übergänge von der Ausbildung in den Beruf schwieriger als früher geworden seien. Zudem beunruhigten ihn folgende Fakten: Fünf bis acht Prozent der Jugendlichen in

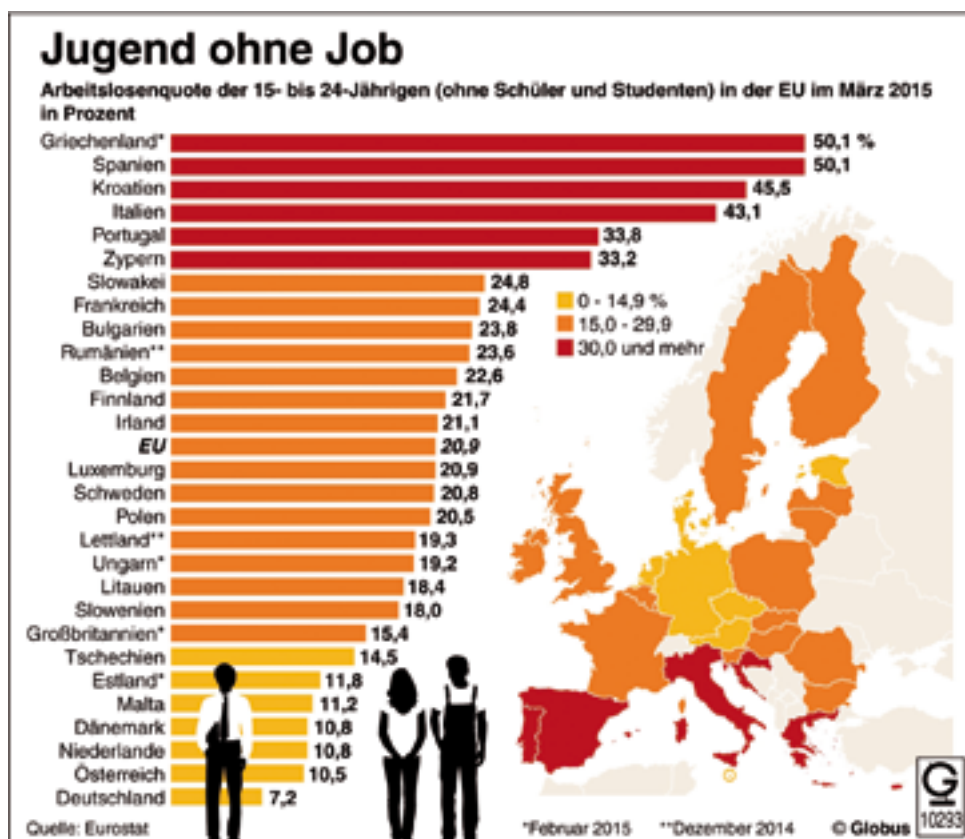
Deutschland verlassen die Schule ohne Abschluss und rund 23 Prozent der 25- bis 34-jährigen hätten keine berufliche Qualifikation.

Risiko Befristung

An dem seit Jahren zu beobachtenden Trend, dass sich wirtschaftlicher Wandel sowie technischer Fortschritt auf die Beschäftigungsmöglichkeiten wenig Qualifizierter negativ auswirken, werde sich – so Hans Dietrich – auch künftig nichts ändern. Zudem blieben auch in der Bundesrepublik in dieser Gruppe stabile Erwerbsverläufe eher die Ausnahme. Die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse und das Risiko, arbeitslos zu werden, seien dagegen mit rund 30 Prozent recht hoch. Und mit niedrig qualifizierten Beschäftigten seien auch niedrige Einkommen verbunden.

Mit Blick auf den Ausbildungsmarkt stellte der IAB-Forscher fest, dass mit einer steigenden Zahl von unbesetzten Ausbildungsplätzen auch ein Anstieg bei der Zahl nicht versorgter Bewerber einhergehe.

Im europaweiten Vergleich allerdings sei die Erwerbstätigkeit deutscher Jugendlicher, die jünger als 25 Jahre sind, erstaunlich hoch. Ebenso untypisch sei ein Vergleich der Arbeitslosenquoten Jugendlicher zu Erwachsenen. Während die Arbeitslosenquoten in diesen Gruppen fast identisch seien, hätten Jugendliche im restlichen Europa ein nahezu doppelt so hohes Risiko, ihren Job zu verlieren wie Erwachsene. Den-



noch: „Wenn der Konjunkturverlauf bei uns umschwenkt“, so Dietrich, „dann kommen die Probleme auch für Jugendliche in Deutschland.“

Eine Rolle spielt selbst bei jungen Leuten die Gesundheit. Rund zehn Prozent der arbeitslosen Jugendlichen litten unter erheblichen seelischen Belastungen, so konstatiert der IAB-Forscher. Häufig würden diese Probleme zu spät erkannt, was den Beschäftigungseintritt erschwere. Der Knackpunkt für die jungen Leute, ganz gleich ob mit oder ohne seelische Erkrankungen, sei es, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Sobald sie das geschafft hätten, stiegen ihre Berufschancen, sagte Dietrich, denn dann förderten die Betriebe ihre Auszubildenden.

Gesundheit fördern

Die Beschäftigungssituation älterer Erwerbstätiger stellt sich dagegen anders dar und ist aufgrund einer höheren Arbeitslosenquote insgesamt ungünstiger als die jüngerer. Ulrich Walwei, stellvertretender Direktor des IAB, stellte fest: Durch die



Ulrich Walwei kritisierte die Rente mit 63
Fotos: Gerlach

demographische Entwicklung wachse der Anteil älterer Erwerbspersonen und sie spielten für eine nachhaltige Fachkräftesicherung künftig eine entscheidende Rolle. Deshalb gelte es, die Chancen älterer Beschäftigter am Arbeitsmarkt immer weiter zu verbessern.

Dabei habe sich schon etliches getan: „Keine andere Gruppe hat von den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in jüngster Zeit so stark profitiert wie die Älteren“, erklärte Walwei. Alles gut also? Nicht ganz: Der Forscher kommt zu dem Schluss: Je älter die Personen sind, desto weniger integriert sind sie in den Arbeitsmarkt. Walwei brachte es auf den Punkt: „Wenn ich als Älterer arbeitslos bin, dann habe ich ein Problem.“ Schon in der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen nehme demnach der Anteil an Langzeitarbeitslosen zu.

Um die Erwerbsquote für Ältere zu verbessern, forderte der Wissenschaftler, verstärkt in den Betrieben auf die Gesundheit zu achten, Erfahrungswissen intelligent einzusetzen sowie flexiblere Übergänge in die Rente zu gestalten. Eine Erhöhung des Erwerbspotentials Älterer sieht Walwei vor allem bei Migranten und Frauen.

„Alte werden in Zukunft wichtiger als Junge sein, weil sie mehr sind.“ Mit dieser provokativen Aussage machte Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim darauf aufmerksam, wie dramatisch sich das Verhältnis von Jung und Alt in den kommenden 15 Jahren verändern wird. Dies habe Auswirkungen vor allem auf das Rentensystem und es führe kein Weg daran vorbei, dass ältere Beschäftigte länger arbeiten müssten.

Ängste vor einer Automatisierung der Berufe teilt Bonin nicht. Lediglich Tätigkeiten, nicht Berufe seien automatisierbar. Allerdings veränderten neue Technologien auch die Arbeitsplätze und stellten neue Anforderungen. An die Arbeitgeber appellierte Bonin, das Erfahrungswissen der älteren Generation als Gegenpol zu den Nachwuchskräften zu nutzen. Die Arbeitnehmer rief er dazu auf, mobil und flexibel zu bleiben. Zudem prognostizierte der ZEW-Forscher: „Die Jungen werden in und mit der Arbeit älter werden“ und die internationalen Vergleiche ließen den Schluss zu, dass Deutschland noch deutlich mehr tun könne, um die Lebensarbeitszeit zu verlängern.

Auch Axel Börsch-Supan, einer der führenden deutschen Arbeitsmarktforscher, beschäftigte sich mit den Fragen: Wie lange arbeiten wir? – Rente mit Arbeit? In der demographischen Entwicklung sieht der Direktor des Münchner Max-Planck-Instituts „Center for the Economics of Aging“ weniger einen Tsunami oder alleine eine ökonomische Herausforderung. Die Politik reagiere viel zu spät auf bekannte Entwicklungen, die fatale Auswirkungen in der Zukunft haben würden.

Um die Beschäftigungsquote zu erhöhen verwies Börsch-Supan auf die positiven Erfahrungen in Dänemark und kritisierte zugleich, dass von der Rente mit 63 in Deutschland lediglich die Geburtsjahrgänge von 1953 bis 1964 profitierten. Seine Forderung: ein flexibles Rentenalter, das aber finanziell nicht so unattraktiv sein dürfe wie die aktuellen Frühverrentungsmodelle.

„Demographie ist kein Tsunami“

Axel Börsch-Supan

Schließlich räumte Börsch-Supan noch mit einigen Mythen im Zusammenhang mit den Reformen auf. Die Behauptung: „Die Alten nehmen den Jungen die Jobs weg“, sei in einer Volkswirtschaft logisch nicht haltbar. Ebenso wie die Annahme, Ältere seien nicht so produktiv. Mit zunehmendem Alter nehme zwar die Zahl der Fehler zu, aber deren Schwere ab. Ferner blieben länger Arbeitende in ihren Gedächtnisleistungen fitter.

Die Erwerbsquoten insbesondere Älterer müssen aufgrund der demographischen Entwicklungen in ganz Europa erhöht werden. Jürgen Jerger und Michael Knogler, beide vom IOS Regensburg, zeigten in ihrem internationalen Vergleich auf, dass die Beschäftigung Älterer in den letzten Jahren in den meisten EU-Ländern

(Ausnahme Frankreich) aufgrund der verschärften Regelungen zur Frühverrentung und des höheren gesetzlichen Renteneintrittsalters zugenommen hat. Damit sei der bis in die 1990er Jahre zu beobachtende gegenteilige Trend revidiert worden. Einige Länder (u.a. Italien, Dänemark und Großbritannien) hätten sich sogar entschieden, das gesetzliche Renteneintrittsalter explizit an die Lebenserwartung zu knüpfen.



Jürgen Jerger: „Erwerbsquoten Älterer erhöhen“

Dennoch bestehe – so die IOS-Forscher – in allen Ländern weiterer Handlungsbedarf. Zudem weise die Arbeitsmarktpolitik in vielen Ländern (über alle Alterskohorten hinweg) Defizite auf, was die Einbindung Älterer in den Arbeitsmarkt erschwere. Werde dies nicht geändert, dann stiegen die durch die demographische Entwicklung verursachten gesellschaftlichen Kosten. Zu nennen ist hier explizit der hohe Beschäftigungsschutz, der sich auch auf die Beschäftigung Älterer kontraproduktiv wirke. Bildung helfe doppelt, denn sie führe zu höherer Partizipation und geringerer Arbeitslosigkeit.

Die bayerische Sozialministerin Emilia Müller wies darauf hin, dass Bayern zwar die besten Arbeitsmarktdaten im Bundesvergleich aufweise, aber die Herausforderungen u.a. bei der Integration jugendlicher Flüchtlinge doch erheblich sind. Sie seien teilweise talentiert und hoch motiviert. Um deren Potential mobilisie-

ren zu können, müssten Vorbildungsprogramme, u.a. ein einjähriges Einstiegsjahr mit Sprachkursen, aufgelegt werden. Dies würde später die Chancen für einen Ausbildungsplatz deutlich erhöhen.



Emilia Müller sieht jugendliche Flüchtlinge als große Herausforderung

Foto: wikimedia commons / Sigismund von Dobschütz

Matthias Jena, Vorsitzender des DGB Bayern, forderte, das Aufenthaltsgesetz zu ändern, um jugendliche Flüchtlinge besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nur wenn die Perspektive einer späteren Übernahme bestehe, lohne es sich für die Unternehmen, Migranten Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Für ältere Arbeitnehmer forderte Jena das Konzept einer „Flexi-rente“. Mit ihr müssten ältere Beschäftigte nicht mehr wie bisher in unbefristeten Arbeitsverhältnissen, die eine hohe Hürde für Neueinstellungen darstellen, beschäftigt werden. Damit wäre den Unternehmen und den älteren Beschäftigten geholfen. Der Bedarf an qualifizierten Arbeitnehmern könnte flexibel gedeckt und zusätzliche Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden.

Ulrich Walwei warnte davor, die günstige Beschäftigungssituation zum Anlass zu nehmen, in den arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen nachzulassen und Kürzungen in den Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit vorzunehmen. Langzeitarbeitslose und weniger Qualifizierte bräuchten noch immer eine spezielle Betreuung. Die beste Prävention vor Altersarmut sei eine gute und stabile Erwerbsbiografie. Walwei kritisierte auch die neu eingeführte Rente mit 63 (nach 45 Beitragsjahren), denn das Risiko sei zu groß, gut eingearbeitete, qualifizierte Fachkräfte auf einen Schlag zu verlieren. Dadurch könne sich der Fachkräftemangel nochmals verschärfen.

Die Erwerbsquote von Frauen ist zwar in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen, doch die größere Angst vor Altersarmut bei Frauen sei nicht unbegründet, so Sozialministerin Müller. Viele Frauen, die wegen der Kindererziehung keine Erwerbsarbeit hatten, würden im Rentenalter oft unter Armut leiden. Ein richtiger Ansatz, um dieses Problem zu lösen, sei die bereits eingeführte Mutterrente, welche Müttern und Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren sind, ein zusätzliches Jahr als Kindererziehungszeit anrechnet. ☒

Melanie Gerlach
Wolfgang Quaisser
Miriam Zerbel



„ICH SUCHE EINEN JOB IN EINER ANTI-KAPITALISTISCHEN NON-PROFIT-ORGANISATION, ABER ICH WILL WENIGSTENS 3000,- IM MONAT.“

Zeichnung: Karsten Schley/toonpool.com

Eine Bilanz nach 25 Jahren Deutsche Einheit

Prominente Zeitzeugen beim 18. Passauer Tetralog

Diese Veranstaltung hat schon Tradition: In Zusammenarbeit mit den Europäischen Wochen und der Universität hat die Akademie den mittlerweile 18. Passauer Tetralog veranstaltet. Nach dem Motto der diesjährigen Festspiele „Über Brücken – überbrücken“ diskutierten Marianne Birthler, Reiner Kunze, Bernhard Vogel und Hans-Jochen Vogel mit Akademie-Altdirektor Heinrich Oberreuter über die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen und Folgen der Deutschen Einheit.

Eine ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin, ein vom SED-Regime drangsalierter Schriftsteller, ein ehemals west- und ostdeutscher Ministerpräsident sowie ein ehemaliger mehrfacher Bundesminister – das Podium zur Diskussionsrunde „25 Jahre Deutsche Einheit“ war mit prominenten Zeitzeugen besetzt.

Unrechtsstaat DDR

Schnell kreiste die Diskussion um die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat – und hier waren sich alle Podiumsgäste einig. „Die DDR ist schon als Unrechtsstaat gegründet worden mit dem Ziel, den Osten Deutschlands zu sowjetisieren“, erklärte Reiner Kunze. Hans-Jochen Vogel ergänzte, dass ein Blick in die Staatsverfassung genüge, um dies festzustellen. „Der Alleinvertretungsanspruch einer Partei ist ein Unrecht.“ Auch Bernhard Vogel stimmte dem zu: „Der Staat, der seine Grenzen nach allen Seiten vor Ein- und Ausreise sichert und keine Meinungs- und Pressefreiheit zulässt, ist ein Unrechtsstaat.“ Warum aber, fragte Marianne Birthler, stellen sich so viele Ostdeutsche noch heute gegen diesen Begriff? Fühlen sie sich in ihrem eigenen Leben und Wirken abgewertet? „Es ging für die meisten darum, in einem Unrechtssystem die eigene Integrität zu verteidigen und aufrecht durchs Leben zu gehen“, erklärte Birthler. „Und wenn man

nach 40 Jahren staatlicher Trennung plötzlich nicht mehr verschieden sein darf, wenn man eine immense Entwicklung in Sachen Meinungsfreiheit, Technik und Mitbestimmung nachholen muss, erzeugt das nicht nur ein Gefühl von Glück, sondern auch von Scham.“

Wiedervereinigung zu schnell?

Dass die Deutsche Einheit von 1990 auch nach 25 Jahren nicht komplett abgeschlossen sein kann, liegt auf

der Hand. Eine Vereinheitlichung ist in einem föderalistischen Staat wie der Bundesrepublik aber auch nicht gewollt. Dennoch müssen sich die Politiker von damals auch heute noch Fragen gefallen lassen: Kam die Wiedervereinigung zu schnell? Hat man den Bürgern der DDR die Möglichkeit genommen, eine neue Verfassung für ihren Staat aufzubauen oder bei einer Überarbeitung des Grundgesetzes mitzureden?

Zum schnellen Tempo der Wiedervereinigung habe es keine Alternative gegeben, erläuterte Bernhard Vogel. Nur mit Gorbatschow, Bush, Thatcher und Mitterand am Verhandlungstisch sei die Einheit möglich gewesen. Zudem habe die Volkskammer der DDR nach den Wahlen vom März 1990 erheblichen Zeitdruck aufgebaut. Mit einer deutschen Wiedervereinigung bereits am 3. Oktober 1990 hätte in Ostdeutschland „noch ein Jahr zuvor niemand gerechnet“, erklärte Marianne Birthler. „Wir waren uns nur einig darüber, was wir hinter uns lassen wollten. Das Ziel



Das mit prominenten Zeitzeugen besetzte Podium des Passauer Tetralogs: Reiner Kunze, Marianne Birthler, Heinrich Oberreuter, Hans-Jochen Vogel und sein Bruder Bernhard Vogel (von links)
Fotos: Toni Scholz

der sich anbahnenden Veränderungen war die Freiheit.“ Auch Birthler konnte sich eine schnelle Wiedervereinigung zunächst kaum vorstellen, erkannte als Abgeordnete des Bündnis 90 in der Volkskammer der DDR aber: Sie war nicht mehr aufzuhalten. Alternativen zur Vorgehensweise von damals und auch zu den Vertragsinhalten kann sie sich auch heute noch einige vorstellen: Hätte man zum Beispiel nicht auch Übergangszeiten für die verschiedenen Systeme im Gesundheitswesen oder bei der Kinderbetreuung zulassen können, um sich nach ein paar Jahren für eines der beiden oder ein Mischsystem zu entscheiden?

So entwickelte sich eine angeregte und mit Anekdoten gespickte Diskussion über parteipolitische Gegebenheiten rund um Mauerfall und Deutsche Einheit sowie über kulturelle und wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West, Nord und Süd,

Bayern und Ostfriesen. „Vor allem aber“, das forderte Hans-Jochen Vogel, „sollten wir gelegentlich auch ein Gefühl der Dankbarkeit über die Wiedervereinigung zeigen. Wenn mir 1945 – in amerikanischer Kriegsgefangenschaft – einer die Entwicklung in Deutschland bis heute vorausgesagt hätte, hätte ich geglaubt, der macht sich über mich lustig.“

Ungeachtet all dessen wurde beim Passauer Tetralog eines deutlich: Die Beurteilung der Wiedervereinigung ist vor allem eine Generationenfrage. Inzwischen fühlen sich zwei Drittel der Deutschen im Alter bis 30 in ihrer Heimat tatsächlich heimisch – ein respektabler Wert. Wenn daraus nun auch ein Verantwortungsgefühl für die



Marianne Birthler hat von 2000 bis 2011 die Stasi-Unterlagenbehörde geleitet

parlamentarische Demokratie hierzulande wird, sollte einem um das Erbe der Deutschen Einheit von 1990 nicht bange werden. 📧

Sebastian Haas

Das schwierige Zusammenwachsen

Eine gesellschaftspolitische Bilanz nach 25 Jahren Deutsche Einheit

Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, Pegida-Aufmärsche, Abwanderung, soziale Ungleichheit. Die immer noch anhaltenden Probleme der nicht mehr ganz so neuen Bundesländer liegen auf der Hand. Aber wie hat sich Ostdeutschland in den 25 Jahren seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verändert? Fällt die Bilanz eher positiv oder negativ aus? Und wie ist das Verhältnis zwischen West- und Ostdeutschland nach 25 Jahren Einheit?

Der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer meint, dass das Handeln und Verhalten der Ostdeutschen vor allem dadurch beeinflusst wurde und wird, wie der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik vor 25 Jahren gestaltet wurde. Eine Neukonstituierung eines

gesamtdeutschen Staates wurde vehement abgelehnt. Der schnelle Weg zur Einheit über die Beitrittslösung schien geboten. Dabei wurde das Grundgesetz nahezu unverändert übernommen. Diese „nachholende Republikgründung“ brachte auch die Neu- und

Wiederbegründung historischer Länder wie Thüringen oder Sachsen mit sich. Die Zufriedenheit mit der real existierenden Demokratie sei gut, im Westen aber höher (80 Prozent) als im Osten (72 Prozent). Ein Absinken sei zu beobachten.

Unrealistische Erwartungen

Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach erforscht seit Jahrzehnten die Einstellungen und Meinungen der Bundesbürger – seit 1990 auch in der ehemaligen DDR. So wird in Westdeutschland die Freiheit immer noch wesentlich mehr



geschätzt als die Gleichheit, die im Osten einen unverändert hohen Wert hat. Aus seinen Daten liest er heraus: „Die Freude über die Einheit nimmt zu.“ Nach dem Fall der Mauer gab es hohe Erwartungen an Demokratie und Marktwirtschaft – häufig unrealistisch. Die Hoffnung auf ein besseres Leben war groß. Aus der Sicht vieler Ostdeutscher wurden diese – häufig unrealistischen Erwartungen – nicht erfüllt. Unter den Bürgern trat eine „post-euphorische Phase der Depression“ ein, so Vorländer. Der Grund dafür liegt auch in der hohen Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch De-Industrialisierung und Privatisierung der Landwirtschaft.

Generationenkonflikt

Petersen sieht ein großes Konfliktpotenzial in Deutschland. Nicht mehr zwischen Ost und West, sondern zwischen den Generationen. Die unter 30-Jährigen sehen heute kaum noch Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. Ganz im Gegensatz zur älteren Generation, die entweder in der DDR oder in der Bundesrepublik sozialisiert worden sind. Im Zusammenhang mit dem Generationenkonflikt steht der Wertewandel, so Petersen. Der Wertewandel im Westen begann bereits Anfang der 1950er Jahre. In der DDR fand er nicht statt. Nach 1990 kam es erneut zu einem Wertewandel im Westen, der in Ost-

deutschland kaum wahrgenommen wurde. Hier galten noch überwiegend die traditionellen Werte der 1950er Jahre, wie etwa Fleiß und Ordnung. Im Westen wurde dagegen mehr Wert auf soziale Gerechtigkeit gelegt.

Der Schriftsteller Lutz Rathenow, heute Sächsischer Landesbeauftragter für Stasi-Unterlagen, sprach sich dafür aus, auch weiterhin die Möglichkeit zu eröffnen, Einsicht in die ehemaligen Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu gewähren. Aus der immer noch hohen Zahl von Anfragen lässt sich erkennen, dass die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, auch nach 25 Jahren Einheit, nicht abgeschlossen ist.

Größere Fremdenfeindlichkeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gibt es in ganz Deutschland. Sie ist kein Phänomen der politischen Ränder und Extreme, sondern dringt weit in die bürgerliche Mitte vor. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein belegte mit Daten, dass Fremdenfeindlichkeit im Osten allerdings deutlich stärker ausgeprägt ist als im Westen. Küpper und Vorländer erkennen als Grund das autoritäre Denken, das als Überbleibsel aus DDR-Zeiten noch vielfach und stärker als im Westen vorhanden sei. Das Gefühl kollektiver Bedrohung und des eigenen Statusverlusts durch „die Fremden“ sei sehr ausgeprägt. Auch, weil man kaum Kontakt zu Fremden und Ausländern hatte und hat.

tiver Bedrohung und des eigenen Statusverlusts durch „die Fremden“ sei sehr ausgeprägt. Auch, weil man kaum Kontakt zu Fremden und Ausländern hatte und hat.

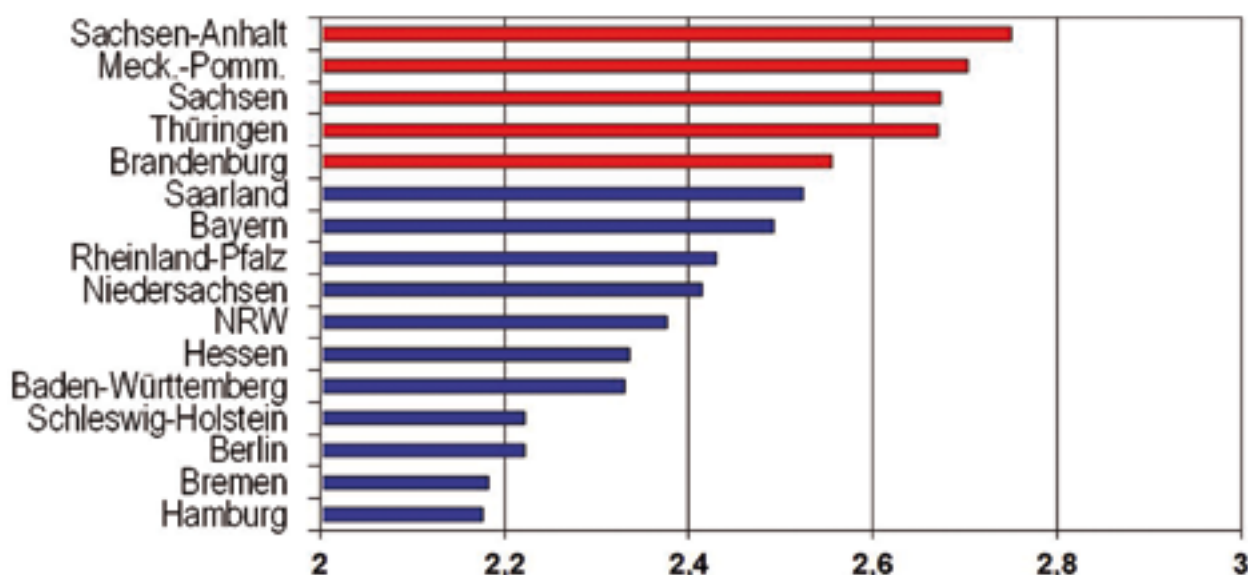


Hans Vorländer hat in Dresden die Pegida-Bewegung erforscht

Foto: Schröder

Das ist auch ein Grund für den Erfolg der Pegida-Bewegung im Osten. Ausländerfeindliche Tendenzen nehmen nämlich dort ab, wo der Ausländeranteil hoch ist. In Dresden liegt der Anteil Zugewanderter bei unter zwei Prozent. Laut Vorländer besteht Pegida überwiegend aus Menschen der bürgerlichen Mitte, die noch in der DDR sozialisiert worden sind. 🇩🇪

Carmen Wintergerst
Michael Schröder



„Fremdenfeindlichkeit“, Quelle: Prof. Dr. Beate Küpper, HS-Niederrhein, GMF-Survey 2002-2011; Mittelwerte, Skala 1-4

Der unsichtbare Feind – von Terrorangriffen und Drohnenschlägen

Antworten auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen

Bei den Passauer Politiktage* moderierte Andreas Kalina die Podiumsdiskussion zum Thema „Der unsichtbare Feind – von Terrorangriffen und Drohnenschlägen“. Gäste des Abends im vollbesetzten Audimax der Universität Passau waren Ina Wiesner (Projektleiterin am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam), Imam Abu Adam (Prediger des Religionsministeriums in Kuwait), Martin Durm (Journalist beim Südwestdeutschen Rundfunk und früherer ARD-Korrespondent in Kairo) sowie Naakow Grant-Hayford (Direktor des Galtung-Instituts für Friedenstheorie und Friedenspraxis in Grenzach-Wyhlen).

Das Gespräch fokussierte moderne militärtechnologische Antworten auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen. Denn immer deutlicher scheinen unbemannte Systeme die Zukunft der robusten Konfliktbewältigung zu sein. Von Aufklärung über Unterstützung von Bodentruppen bis hin zur gezielten Tötung mutmaßlicher Terroristen erfüllen sie mittlerweile eine Vielzahl von für Soldaten potenziell gefährlichen Aufgaben: präzise, schnell und ohne eine physische Gefährdung des die Drohne steuernden Piloten – oft aber anscheinend im Widerspruch zum Völkerrecht und Menschenrechten und gegen die Stimmung der Öffentlichkeit. Sie sind zweifelsohne effektiv, haben aber auch das Potenzial durch ihren Einsatz zu radikalieren. Diese Zusammenhänge galt es zu beleuchten.

Asymmetrische Kriegsführung

Auch der breitere Kontext wurde debattiert, zumal Drohnen nur ein Phänomen einer zweifachen Entwicklung sind – hin zur asymmetrischen Kriegsführung und hin zu automatisierten, zunehmend autonomen Waffensystemen. Daraus ergaben

sich neben militärtechnologischen vor allem auch rechtliche und ethische Fragestellungen: Ändert ein von Maschinen ausgeführter Konflikt die Natur des Krieges? Ist die Entmenschlichung, die Transzendenz der Tötung ein Fortschritt und welche Entwicklung wird das deutsche Kriegsende nehmen, sollte die Bundeswehr entsprechend modernisiert werden?

In der Diskussion wurde deutlich, dass man Drohnen und automatisierte Waffensysteme insgesamt weder verherrlichen noch dämoni-

sieren sollte. Denn man könne einerseits nicht von der Einsatzart und -methode bestimmter Staaten auf das Einsatzmittel selbst schließen: Nicht ein Waffensystem begeht den Bruch des Völkerrechts, sondern diejenigen, die dieses System einsetzen. Andererseits brächte die moderne Technologie durchaus relevante Vorteile.

Verantwortlichkeit und völkerrechtlicher Rahmen

Als Fazit kamen die Diskutanten überein, dass der Trend zu automatisierten Waffensystemen unausweichlich, aber auch durchaus gewollt und sinnvoll ist. Allerdings müsse die Entscheidung über die Tötung eines Menschen in der Hand eines Menschen bleiben: Für jeden Drohnenschlag müsse es eine konkrete Verantwortlichkeit geben. Dafür gilt es den rechtlichen Rahmen zu spezifizieren und demokratische Kontrollmöglichkeiten über den Einsatz von jeglichen Militärtechnologien aufrechtzuerhalten. 📧

Andreas Kalina



Das Podium im vollbesetzten Audimax der Passauer Universität (von links): Martin Durm, Imam Abu Adam, Andreas Kalina, Ina Wiesner und Naakow Grant-Hayford
Foto: Florian Voss

*Die Veranstaltung im Netz: <http://passauer-politiktage.de>

Islamismus als Herausforderung für die Demokratie

Experten erläutern Anziehungskraft und Bedrohungspotential des Salafismus

Islamistische Terroranschläge – jüngst in Tunesien, Frankreich und Kuwait – lenken auch in Deutschland vermehrt das Interesse auf Islamismus und Salafismus und deren Bedrohungspotential. Allein die Anschläge von Paris, Kopenhagen, Tunis, Sousse, Lyon und Kuwait forderten seit Jahresbeginn über 100 Todesopfer. Die Verfassungsschutzbehörden rechnen rund 43.000 Personen in Deutschland dem Islamismus zu – bei insgesamt rund vier Millionen Moslems.

Der Islamwissenschaftler Hazim Fouad vom Bremer Verfassungsschutz erläuterte, dass der Begriff Salafismus vom arabischen „salafiyya“ stammt, was übersetzt „die frommen Altvordenen“ bedeutet. Das Ideal dieser ultrakonservativen Strömung ist die Rückbesinnung auf das „Goldene Zeitalter“ des Islams, um wieder zu alter Macht zu kommen. Für Salafisten kennzeichnend ist ein absoluter Monotheismus und die Ablehnung „unerlaubter Neuerungen“. Überlieferung und Tradition haben Vorrang vor dem Verstand. Auch äußerlich wird der Prophet durch Kleidung imitiert.



Hazim Fouad: „Salafisten lehnen ‚unerlaubte Neuerungen‘ ab“

Claudia Dantschke vom „Zentrum Demokratische Kultur“ in Berlin erklärte, was die salafistische Szene in

Deutschland kennzeichnet. Sie verwies auf die heterogene Struktur der salafistischen Strömungen, die seit 2004 in Deutschland offensiv missionierend in Erscheinung treten.

Puristen und Gotteskrieger

Da gibt es zum einen die puristischen Salafisten: Ähnlich wie die Amish-People in den USA errichten sie eine Parallelgesellschaft, die sich aber nicht explizit gegen die deutsche Gesellschaft richtet. Die missionarischen Salafisten stehen nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, lehnen Gewalt aber ab. Dann gebe es diejenigen, die Gewalt in Form des bewaffneten Jihads („Heiliger Krieg“) legitimieren. Sie bezeichnet Dantschke als „geistige Brandstifter“. Und schließlich gibt es noch die eigentlichen „Gotteskrieger“ (Jihadisten), „die nicht reden, sondern handeln“. Bis zum April 2015 lag die Zahl der aus Deutschland nach Syrien Ausgereisten bei ca. 680, davon etwa 60 aus Bayern.

Gemeinschaft und Identität

Welche Anziehungskraft charismatische Salafisten-Prediger auf muslimische Jugendliche ausüben, machte Dantschke mit dem Begriff „Pop-

Jihad“ deutlich. Darunter versteht sie eine radikale Jugendkultur als Teil und Produkt der westlichen Popkultur und spricht in Anspielung auf das für Salafisten typische Äußere von „Straßen-Gangs mit Bart“. Mit dem Angebot von Gemeinschaft und Identität böten sie den Jugendlichen eine Ersatzfamilie von Brüdern und Schwestern an. Zudem ergriffen die Jugendlichen nur zu gern die Gelegen-



Claudia Dantschke: „Emotion ist wichtiger als Religion“ Fotos: Schmotz

heit, Eltern und Gesellschaft herauszufordern und maximale Aufmerksamkeit in ihrem Umfeld zu erreichen. Vermeintliches Wissen, einfache Wahrheiten und angebliche Werte erleichterten den Jugendlichen die Orientierung bei ihrer Suche nach dem richtigen Weg zum Ziel.

„Gemeinsam ist all diesen jungen Menschen, dass sie zuvor keinen reflektierten Umgang mit Religion hatten. Und nun ist die emotionale Berührung der Jugendlichen letztendlich wichtiger als die korrekte Interpretation des Koran“, erläuterte Dantschke. Ihr Fazit: „Salafisten holen die Jugendlichen nicht von Alkohol und Drogen weg, sondern von der Demokratie.“

Carina Schmotz
Michael Schröder

Von der defekten zur gelenkten Demokratie

Ansichten aus und über Russland

Das gestörte Verhältnis zwischen der EU und Russland ist angesichts der Griechenlandkrise und des islamistischen Terrors aus den Schlagzeilen verdrängt worden. Doch Russland, seine Verfassung, die Rolle Putins und seine Außenpolitik einschließlich der Konflikte und Kriege um Krim und Ukraine bleiben aktuell und wichtig.

Gerhard Mangott von der Universität Innsbruck gab einen Einblick in das außenpolitische Verhalten Russlands bezüglich der Ukraine-Krise, die dahinterstehenden Motive sowie mögliche Ursachen. Laut Mangott sei sie eine Krise in doppelter Hinsicht, denn sie sei sowohl eine politische, systemische wie auch internationale Krise. Politisch und systemisch zeichne sie sich durch einen Legitimitätsverlust von Wiktor Janukowytsch, dem früheren Präsidenten, und seinen Oligarchen aus. Die Wurzel des Konflikts jedoch liege mit der Ausdehnung des NATO- und EU-Raums auf frühere Gebiete des sowjetischen Einflussbereichs weitaus tiefer.

Denn diese Erweiterungen von EU und NATO haben nicht nur Abkommen mit der ehemaligen UdSSR gebrochen, sondern auch die wirtschaftspolitischen Ziele Russlands, eine Eurasische Union zu gründen, untergraben. Das Zusammenspiel dieser Fak-



Gerhard Mangott sieht die Wurzel des Ukraine-Konflikts in der Ausdehnung des NATO- und EU-Raums nach Osten

toren und die Zuspitzung des innenpolitischen Konflikts in der Ukraine, habe letztendlich dazu geführt, dass Russland die Krim annektierte und somit als Aggressor wahrgenommen wurde. Die Sanktionen, welche seitens der EU als Reaktion auf dieses Verhalten gegenüber Russland verabschiedet wurden, hält Mangott für den einzigen, aber gleichzeitig auch ineffektivsten Weg, auf das Verhalten Russlands zu reagieren. Ineffektiv seien die Sanktionen deshalb, da Russland mit der Krim-Annexion keine ökonomischen, sondern strategische Interessen verfolge. Eine Westbindung der Ukraine sollte dauerhaft verhindert werden. Für ein militärisches Eingreifen des Westens gebe es keine Option. Eine Lösung des Konflikts sei nur mit Verhandlungen möglich.

„Gelenkte Demokratie“

Margareta Mommsen von der Universität München vermittelte Einblicke in die innenpolitische Realität Russlands. Das politische System Russlands orientierte sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR an dem System Frankreichs. Unter Putin habe sich die defekte Demokratie, welche unter Jelzin entstanden sei, zu einer „gelenkten Demokratie“ entwickelt. Mommsen bezeichnet das politische System Russlands als Oligarchie. Nach Mommsen besteht in Russland eine Herrschaft der Wenigen – etwa 50 Familien. Im „Netzwerkstaat“ sei Präsident Putin der wichtigste Knotenpunkt, der als Moderator und Schiedsrichter im informellen Ringen der verschiedenen Interessengemeinschaften fungiert. Russland zeichne sich aus

durch einen Führerkult, nationalen Staatspatriotismus und die Schaffung neuer Feindbilder im Westen. Das führe zusammen mit einer zerstrittenen Opposition zu einem „autoritären Regime mit Zustimmung der Gesellschaft“.

Einschüchterung der Medien

Barbara Oertel, Auslandschefin bei der taz in Berlin, bestätigte und erweiterte dieses Bild. Die russischen Medien seien durch Zensur gekennzeichnet, obwohl sie offiziell seit 1992 verboten ist. Die Medien befänden sich zum größten Teil in den Händen von einflussreichen Oligarchen. Positive Berichterstattung über den Präsidenten und seine Politik sei an der Tagesordnung. Der Staat veranlasse Maßnahmen, die zur Bestrafung und Abschreckung dienen: Verstaatlichung von Druckereien, Bedrohung, Einschüchterung und sogar Ermordung von kritischen Journalisten, Steuerprüfungen und Einschüchterung von potentiellen Anzeigenkunden seien gängige Maßnahmen, um kritische Medien verstummen zu lassen.

Ganz anders muss Sergey Ganzha, Generalkonsul der Russischen Föderation in München, sein Land sehen. Naturgemäß beurteilt er die die Ukraine-Krise und die Innenpolitik Russlands anders. Der Präsident habe den Einfluss der Oligarchen auf die russische Politik beschnitten und stark eingeschränkt. Die Annexion der Krim sei keine geplante Aktion gewesen. Russland sei an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einem kulturellen Dialog mit Deutschland und der EU interessiert. Die Sanktionen gegen Russland müssten so schnell wie möglich aufgehoben werden. Sie schaden beiden Seiten, sagte der Generalkonsul. ■

Melanie Gerlach
Michael Schröder

Fremde Freunde?

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen im Wandel

Sind wir nicht alle schon längst Amerikaner? Oder ist es eher unsere Ablehnung der USA, die unser Amerikabild bestimmt? Im Laufe der Nachkriegsgeschichte änderte sich das Bild der Deutschen von den USA; aus Feinden wurden Freunde. Amerika und seine Kultur veränderten die junge Bundesrepublik. Heute mehren sich allerdings die Anzeichen einer Entfremdung angesichts der Diskussionen über die NSA-Abhöraffaire und die Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). In unserer Tagung über die deutsch-amerikanischen Beziehungen diskutierten Historiker, Amerikanisten sowie Politik- und Literaturwissenschaftler, dass die USA oft zugleich Feind, Freund und fremd waren und sind.

„Rivalen der Moderne“. So beschreibt Konrad Jarausch (University of North Carolina) die unterschiedlichen Wege der USA und Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Amerika bewunderte Deutschland als ein dynamisches, aber autoritäres Land mit einem großen Kulturangebot und andersherum schätzten nicht nur die deutschen Auswanderer die individuelle Freiheit in Amerika. 1917 mün-



Konrad Jarausch: „USA und Deutschland sind Rivalen der Moderne“

Fotos: Schmotz

deten diese Gegensätze dann in den Krieg zwischen zwei Systemen der Moderne, dem autoritären Deutschland gegen das liberale Amerika. Nach

dem Zweiten Weltkrieg allerdings spielte sich der Kampf der „Moderne“ an einer anderen Front ab: Im geteilten Deutschland. Auf der westlichen Seite stand die soziale Marktwirtschaft mit einer amerikanisierten Pop- und Konsumkultur, auf der östlichen die sowjetische Modernisierung unter einer neuen Diktatur. Ein neuer Abschnitt der Moderne ist die Globalisierung nach 1990: „Wir sind in einem Übergang von einer modernen zu einer postindustriellen Gesellschaft“, so Jarausch. Auch heute können beide Länder voneinander lernen. Deutschland zum Beispiel bietet soziale Sicherheit, ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein und gewaltfreie Lösungen in internationalen Konflikten, Amerika dagegen ein dynamisches Wirtschaftssystem und globale Sicherheitsbemühungen.

Symbolischer Zankapfel

Dass Deutschland sich nach 1945 überhaupt wieder als Alternative zu den USA anbieten konnte, verdankt es vor allem den USA, sagte Rolf Steininger von der Universität Innsbruck. „Nach dem Zweiten Weltkrieg brauchte Westeuropa die USA, um vor den Sowjets bewahrt zu werden“. Deutschland war in dieser Zeit der symbolische Zankapfel zwischen den West-

und Ostmächten. Mit dem Bekenntnis Adenauers zum Westen verbesserte sich die Beziehung zwischen den USA und Deutschland, wobei diese stets auch von der Harmonie zwischen den jeweiligen Staatshäuptern abhing. Ein Beispiel dafür ist die Beziehung von Ronald Reagan und Helmut Kohl, die sich sympathisch waren. „Reagan war für Kohl ein Grundpfeiler seiner Politik“, so Steininger. Im Gegenteil dazu war das Verhältnis von Willy Brandt und Richard Nixon von Misstrauen geprägt. Nixons Anweisung an Henry Kissinger lautete: „Absolut nichts tun, was Brandt hilft“.



Rolf Steininger: „Harmonie hing von den Staatshäuptern ab“

Neben den Staatslenkern an der Spitze war es aber auch eine Vielzahl von transatlantischen Vermittlern, die die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland aufbauten. Schon in den von den USA sorgsam inszenierten Filmen über die Nürnberger Prozesse wurde nicht nur die Mitschuld der Deutschen an den Kriegsverbrechen aufgezeigt, sondern auch Exkulpationsstrategien zugelassen. Alex Fischer von der Universität Marburg betonte besonders die Tatsache, dass die Filme Albert Speer und seinem behaupteten Widerstand gegen Hitler viel Aufmerksamkeit widmeten. Maren Roth

von der Universität München hob besonders Melvin J. Lasky als deutschlandfreundlichen Mittler und anti-stalinistischen, von der CIA finanzierten Publizisten hervor. Im Mittelpunkt des intensiven Politik-, Kultur-, und Wissenschaftstransfers standen oft Remigranten und Gastwissenschaftler als unbelastete Lizenzträger eines neuen Deutschland.

So argumentierte Marita Krauss (Universität Augsburg). Jan Logemann von der Universität Göttingen betonte, dass die ‚Amerikanisierung‘ Deutschlands nicht nur eine Einbahnstraße war, sondern deutsche Remigranten auch die USA veränderten. Die Diskussion um das Erbe dieser transatlantischen Mittler in den 1980er Jahren strich dann Reinhild Kreis von der Universität Mannheim am Beispiel der Generationenkonflikte innerhalb der NATO heraus. So mahnte die Gründergeneration des Bündnisses das Auseinanderdriften angesichts der Amerikakritik nach dem Vietnamkrieg an und forderte eine „moralische Aufrüstung“, um die NATO zu einer neuen Wertegemeinschaft zu formen. Eine solche transatlantische Wertegemeinschaft war aber aufgrund der Verschiedenheit von Amerikabildern nur schwer zu etablieren.



Alex Alvarez (links) mit Tagungsleiter Volker Benkert

Die Ambivalenz von Amerikabildern verdeutlichte Frank Usbeck von der TU Dresden anhand von Vorstellungen über Native Americans in den verschiedenen deutschen Staaten. Auf die schon im Kaiserreich von Karl May geprägten romantischen Indianerbilder aufbauend hetzten die Nationalsozialisten gegen das moderne Amerika und sympathisierten mit den Ureinwohnern Nordamerikas. Die USA wurden als Schurkenstaat dargestellt, der die Indianer und die Deutschen

von einer „organischen Gemeinschaft“ in eine künstliche Gesellschaft verwandeln wollte. Die Bundesrepublik knüpfte mit den Karl-May-Filmversionen („Winnetou“) wieder an romantische Indianerbilder an, ohne sich jedoch mit dem amerikanischen Erbe von Vertreibung und Mord an den Indianer auseinanderzusetzen.

Alex Alvarez (Northern Arizona University) rückte die Frage des Völkermords in den Mittelpunkt und argumentierte, dass trotz der Taten Einzelner und des genozidalen Klimas in den Territorien, Washington sich auch oft dem Völkermord, nicht aber der systematischen Vertreibung von Native Americans entgegengestellt habe. Ein Vergleich mit dem Holocaust der Nazis sei daher schwierig; die Verantwortung der USA, sich dem Verbrechen zu stellen, sei allerdings unerlässlich. Der Indianerkult war auch ein Teil des Amerikabildes der DDR, die nicht müde wurde, ihre Verbundenheit mit Native Americans und African Americans im scheinbar gemeinsamen Kampf gegen amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus zu betonen. Katharina Gerund (Universität Erlangen-Nürnberg) stellte dies am Beispiel der Bürgerrechtlerin Angela Davis dar, die in beiden deutschen Staaten als Vertreterin eines besseren Amerikas auch die jeweils eigene Agenda bestätigen



Ein romantisierendes Bild der amerikanischen Ureinwohner gab es sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR

(Hunting the Buffalo, 1838, lithograph by J. T. Bowen)

sollte. Für DDR-Bürger war Amerika allerdings immer imperialistisches Feindesland und Sehnsuchtsort eines westlichen Lebensstandards und freiheitlicher Kultur zugleich, wie Daniel Kosthorst vom Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig hervorhob. Trotz des von der SED gefürchteten „schlechten Einflusses auf die Jugend“ konnte sich die DDR daher nicht immer der Sehnsucht nach westlichem Leben ihrer Bürger entgegenstellen. Partiiell versuchte die SED eine Bindung zum Westen aufzubauen und typisch amerikanische Produkte wie Jeans durch Ost-Imitate zu ersetzen, allerdings blieb dies ohne große Erfolge. Volker Benkert von der Akademie für Politische Bildung stellte dar, dass aufgrund der großen Breite von Sozialisationsstypen in der späten DDR amerikanische Kultur Trends zum einen sehr unterschiedlich und kreativ, zum anderen aber nur durch den Filter westdeutscher Medien angenommen wurden. So kam es zu einer kreativen „Selbst-amerikanisierung“ der DDR-Jugend beispielsweise in der Rezeption von Rockmusik, Hip-Hop oder „Rollbrettfahren“.

Transkulturelle Gemeinsamkeiten

Die mediale Präsenz amerikanischer Kultur im vereinten Deutschland thematisierte auch Moritz Fink von der Akademie für Politische Bildung anhand der erfolgreichen Serie „Die Simpsons“. So behaupten die gelben Charaktere der Fernsehserie sowohl die kulturelle Identität der USA als sie auch transkulturelle Gemeinsamkeiten aufzeigen. Transkulturelle Bezüge standen auch im Mittelpunkt des Vortrages von Claudia Sadowski-Smith, die Darstellungen von Deutsch-Türken im deutschen und von Latinos im amerikanischen Fernsehen verglich.

Der „traumatisierende Wendepunkt“ des 11. September 2001 war nicht nur eine kulturelle Zäsur, sondern schlug sich in einem „double bind“ der tatsächlich erlebten und projizierten Realität Amerikas in der deutschen Literatur nieder, wie Heide



Zeichnung: Jan Tomaschoff/toonpool.com

Reinhäkel argumentierte. Von einer politikwissenschaftlichen Perspektive aus ging Franz Eder von der Universität Innsbruck der Frage nach, wie sich die beiden Staaten nach 9/11 so



Heide Reinhäkel: 9/11 als „traumatisierender Wendepunkt“

weit voneinander entfernen konnten. Die Zurückhaltung Deutschlands im Irakkrieg war dabei einerseits wahl-taktisch begründet, andererseits auf die Vergangenheit der Bundesrepublik im 20. Jahrhundert zurückzuführen. Deutschlands Politik sei daher von einem „never again“ mit Blick auf den Krieg und einem „never alone“ mit Blick auf unilaterales Vorgehen geprägt. Heute liegt das „Verhältnis der Länder zwischen Freund und Feind, also ein Rivale, aber es normalisiert sich wieder“, so Eder.

Dieser nur langsam fortschreitenden Normalisierung war auch das letzte Panel der Tagung gewidmet. Crister Garrett von der Universität Leipzig fragte angesichts der verfahrenen Diskussion um das Transatlantische Handelsabkommen TTIP, was noch zu retten sei bei den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Er betonte dabei einerseits die unglücklichen Bemühungen der Bundesregierung TTIP im Sinne einer „Wirtschafts-Nato“ als politisch unausweichliches Integrationsprojekt darzustellen. Andererseits wies er auch auf die vielen Verkürzungen der Diskussion in Deutschland hin.

Einer Normalisierung der Beziehungen steht auch die neue Ausrichtung der USA auf China im Wege. Deutschland sei zwar von dem dortigen „muscular nationalism“ ebenso abgestoßen wie die USA. Die Bundesrepublik sehe aber China weniger als einen globalen Rivalen, sondern vielmehr als Geschäftspartner, stellte Steve Macinnon von der Arizona State University dar. Wie TTIP und die unterschiedlichen Haltungen zu China beeinträchtigt aber auch der NSA-Abhör-Skandal das Verhältnis. Rolf Steiningers Bilanz: „Aus Feinden wurden 1945 Freunde, seit dem 11. September ist es wieder schwieriger geworden. Werden nach dem NSA-Skandal aus Freunden Fremde?“

Carina Schmotz
Volker Benkert

„Radio nicht nur als Audio-Medium begreifen“

Journalisten-Workshop über erzählen, teilen und recherchieren im Internetzeitalter

Das Internet und neue Technologien ändern das Radiohören – und das Medium selbst und seine Inhalte. Über 70 Radiomacherinnen und -macher aus ganz Deutschland von privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern trafen sich zu den 11. Tutzinger Radiotagen*. Sie diskutierten die Herausforderungen des digitalen Zeitalters, um das Überleben ihres Mediums zu sichern.

Christian Vogg glaubt an die Zukunft des Radios. Er ist für das Radio zuständig bei der EBU – der Europäischen Rundfunkunion in Genf. Auch wenn die tägliche Nutzungsdauer des Radios etwas zurückgeht: die Zahl der Hörer nicht. Und das Radio genießt unter allen Medien immer noch die größte Glaubwürdigkeit. Vogg ist überzeugt: „Dem Live-Medium Radio können die vielen neuen Internetplattformen nichts anhaben.“



Christian Vogg: „Die Herausforderungen fürs Radio sind: Jugend, Smartphones und das Auto“

Aber um das Überleben zu gewährleisten, müssen sich Radiomacher auf die Veränderungen des Medienkonsums einstellen. Die Herausforderungen lauten: Jugend, Smartphones und das Auto.

Die tägliche Hördauer des Radios liegt im Durchschnitt bei etwas mehr als drei Stunden. Bei Jüngeren ist es deutlich weniger. Voggs Antwort: „Radio muss personalisierter werden.“ Im Internetzeitalter wird das Radio nicht mehr für aktuelle Informationen gebraucht. Die zunehmende mobile Nutzung des Netzes ermöglicht immer mehr Alternativen. Vogg wünscht sich ein Hybrid-Radio. Das ist eine Mischung aus analog und online – nutzbar auf dem Smartphone. Das muss dann allerdings bessere Empfangsmöglichkeiten, kostengünstigere Datenvolumen und längere Akku-Laufzeiten bieten.

Auch das Wortprogramm müsse sich anpassen. Der Hörer sollte die Möglichkeit haben, zwischen kurzen und längeren Beiträgen zu einem Thema zu wählen. Das Abwandern zu anderen Plattformen und Musikdiensten soll damit verhindert werden.

Autoradio wichtig

Die meisten Radiohörer sitzen im Auto – vor allem morgens und abends. Die dürfe man auf keinen Fall verlieren, sagte Vogg. Deshalb stehe die EBU

in Kontakt mit Automobilherstellern, um die Radionutzung im Auto weiterhin auf hohem Niveau zu halten. Allerdings sei die Konkurrenz durch Google und Apple groß. Die möchten sich gerne auf diesem Markt ausbreiten und Geld verdienen. An einem freien Radio seien die allerdings weniger interessiert, meinte Vogg.

Schiwa Schlei hat beim Westdeutschen Rundfunk (WDR) im Programm ILive Akzente in Sachen Social Media gesetzt. Jetzt ist sie Leiterin



Schiwa Schlei: „Wir müssen nicht mehr Radio heißen“
Fotos: Schröder/Bacher bpb

der Online-Redaktion beim Funkhaus Europa des WDR und versucht dort ebenfalls, Social Media ins Programm zu integrieren.

Klares Profil

Schlei ist sicher: „Die sozialen Medien haben andere Medien als erste Informationsquelle abgelöst.“ Und: „Streamingdienste sind die alternativen Musiklieferanten.“ Nach ihrer Ansicht muss sich das Selbstverständnis der Radio-Journalisten ändern: „Wir dür-

*In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung

fen Radio nicht nur als Audio-Medium begreifen.“ Die Marke des Senders brauche ein klares Profil und das müsse ins Netz transportiert werden – ohne, dass die Marke beschädigt wird. Authentizität und Qualität sollten Priorität haben. Radiomacher, die Social-Media-Konzepte für ihren Sender entwickeln, müssen mit den sozialen Medien leben. Schlei forderte „Mut zum kontrollierten Kontrollverlust“: „Wir müssen nicht mehr Radio heißen. Hauptsache, ich komme ans Publikum.“

Facebook fürs Radio

Können Radioleute was von dem erfolgreichsten sozialen Netzwerk Facebook lernen? Klar, sagt Heiko Hebig. Er ist dort Manager für Platt-

MEHR VON DEN RADIOTAGEN IM NETZ:

<http://radiotage.wasmitmedien.de/2015/>
<http://www.drehscheibe.org/seminarblog/>
<https://correctiv.org/>
Auf Twitter: #tura15

form-Partnerschaften. Er spricht mit Medienunternehmen darüber, was die in Sachen Facebook machen können. 27 Millionen aktive Nutzer hat

Facebook in Deutschland. Daran kommen auch Radiosender nicht vorbei. Hebig gab Tipps, wie Sender Facebook für sich nutzen können. Beim Posten sind die richtigen, konkreten und treffenden Schlagworte wichtig. Kurz fassen und sich fragen: Was erwarten meine Fans von mir? Auf Facebook gibt es keine Chronistenpflicht. Videos laufen nur gut, wenn sie nicht zu lang sind. Und Helbig rät dringend ab vom Ankündigungsjournalismus auf Facebookseiten.

In den Workshops, die wie immer ein zentraler Bestandteil der Radiotage waren, ging es dann um die Themen „Erzählen, teilen und recherchieren“. Fast direkt von der Preisverleihung des Grimme-Online-Awards

kam Investigativ-Journalist David Schraven vom gemeinnützigen Recherchebüro CORRECT!V nach Tutzing. Er ließ in seine Werkzeugkiste schauen und gab Tipps und Tricks an die Teilnehmer weiter. Der frühere Kripo-Kommissar und Profiler Axel Petermann erläuterte Recherchemethoden des Kriminalisten und riet den Journalisten, ausgetretene Spuren zu verlassen und unvoreingenommen



David Schraven kann mit investigativer Recherche Geld verdienen

an Geschichten heranzugehen. Die Interpretation dürfe erst beginnen, wenn alle Fakten bekannt sind.

Mit Florian Schwinn, Christian Grasse und Hüseyin Köroglu probierten die Teilnehmer neue Erzählformen im Radio aus und beim „Teilen“ wurde ein kleines Rezeptbuch „How-to-Social-Media fürs Radio“ entwickelt. Wichtig: das Radio-Ghetto verlassen. Aber: Facebook ist nicht die eins-zu-eins-Umsetzung aus dem Radio. Die Podcast-Texte müssen gut benannt, beschrieben und verschlagwortet werden. 📌

Michael Schröder



Unter der Leitung von Dennis Horn (links) und Daniel Fiene (rechts) begleiteten sechs junge Radiotalente die Tagung multimedial

Gratwanderungen und Grenzüberschreitungen

Medien im Spannungsfeld von kommerziellem Erfolg und ethischen Grundsätzen

Die Berichte über den Absturz der Germanwings-Maschine in den französischen Alpen haben schlaglichtartig Fragen der Medienethik aktuell werden lassen. Wie gehen wir mit Tätern um? Wie mit Opfern und ihren Angehörigen? Was ist eine Vorverurteilung? Wo endet die Chronistenpflicht und wo liegen die Grenzen der Berichterstattung? Mit dem Internet als globale Plattform für Inhalte aller Art stellt sich die Frage nach der Kontrolle und Einhaltung ethischer Normen neu. Darum ging bei einer Tagung in Bayreuth.*

In der Zeit der analogen Medien war ihre Kontrolle eine überschaubare Angelegenheit. Der Deutsche Presserat und Rundfunk- bzw. Medienräte wachten über die Einhaltung der Richtlinien, ethische Anforderungen ans Programm waren geregelt. Mit dem Aufkommen des Internets vor mehr als 20 Jahren änderte sich das. Die über das Internet verbreiteten Inhalte sind nur sehr schwer bis gar nicht mehr kontrollierbar.

Verbindliche Standards

„Die digitale Technik mit ihren schier unendlichen Möglichkeiten der Datenvernetzung hat Programme her-



Roland Rosenstock: „Wir brauchen eine verbindliche Berufsethik für den einzelnen Journalisten“

vorgebracht, die in der Lage sind, eine große Menge von Daten alltäglicher sozialer Aktivitäten und zunehmend auch körperlicher Gesundheitsdaten miteinander in Beziehung zu setzen“, sagte Roland Rosenstock, Professor für Theologie und Medienpädagogik an der Universität Greifswald. Die Folge: Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung kann durch den Nationalstaat nicht mehr sichergestellt werden. Es gehe darum, eine Berufsethik für den einzelnen Journalisten zu definieren, die verbindlich sei. Dafür brauche man allerdings auch Redaktionsstatute in den Medienhäusern, mit deren Hilfe die Standards auch durchgesetzt werden können.

Auch die Mediennutzer müssten ein Bewusstsein für Qualität entwickeln. Das könne und müsse auch zum Boykott oder Verzicht von moralisch fragwürdigen Medienprodukten führen. Dafür brauche es allerdings Medienkompetenz, die durch eine handlungsorientierte Medienerziehung erworben werden kann. Im Mittelpunkt des

Interesses sieht Rosenstock Fragen der Wirkungen von Gewalt, die angemessene Darstellung von Sexualität sowie die Berichterstattung über Krisen und Katastrophen.

Rüge oder Missbilligung?

Praktische Beispiele aus der Arbeit des Deutschen Presserats brachte dessen Pressesprecher Oliver Schlappat mit nach Bayreuth. 430 Beschwerden hat es zu den Presseberichten rund um den Germanwings-Absturz gegeben – ein Rekordwert. Die müssen nun von den Beschwerdeausschüssen bearbeitet und entschieden werden.



Sabine Jörk ist Medienwissenschaftlerin und Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien

Maßstab sind die Inhalte des Presserkodex. Gibt es eine öffentliche Rüge, die im entsprechenden Medium abgedruckt werden muss oder eine Miss-

LINKTIPP:

Der Presserkodex des Deutschen Presserats:
<http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/>

* in Kooperation mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund

billigung oder einen Hinweis? Das sind die Sanktionen, die der Presserat – unabhängig von juristischen Kriterien – zur Verfügung hat. Über eine Veröffentlichung in deutschen Zeitungen und Zeitschriften kann sich übrigens jeder beschweren – unabhängig davon, ob er betroffen ist. Die Tagungsgäste konnten danach anhand praktischer Fälle und Beschwerden diskutieren und prüfen, wie sie selbst als Presserat entschieden hätten.



Hilde Stadler: „Echtzeitjournalismus ist alltägliche Praxis“

Fotos: Schmotz

„Es gibt einen Konkurrenzkampf um die Bilder.“ Davon ist Hilde Stadler überzeugt. Sie ist Redakteurin in der Auslandsredaktion des Bayerischen Fernsehens und als Reisekorrespon-

dentin für die ARD häufig auf dem Balkan, in Italien, Griechenland oder Israel unterwegs. „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte, aber es muss richtig eingeordnet werden“, so die Journalistin. Das Internet habe zu einer ungeheuren Beschleunigung der journalistischen Arbeit geführt. Echtzeitjournalismus ist zur alltäglichen Praxis geworden. Nachrichten verbreiten sich über das Internet wie ein Lauffeuer. Als Beispiel nannte sie den Rücktritt von Papst Benedikt XVI., der offiziell vom Vatikan noch nicht bestätigt war. „Trotzdem muss man produzieren. Wir hatten noch keine näheren oder bestätigten Informationen. Es geht um die journalistische Erstversorgung.“

Medien im Krieg

Vor allem bei der Kriegs- und Krisenberichterstattung spiele Medienethik eine wichtige Rolle. Gewalt werde in Filmen und Fotos festgehalten und häufig für Propaganda benutzt. Da dürften sich Journalisten nicht missbrauchen lassen und zum Lautsprecher einer der kriegführenden Parteien werden. Es sei immer eine Gratwanderung: Einerseits sollten Konflikte nicht verharmlost und der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Andererseits müsse die Menschenwürde der Opfer und Angehörigen gewahrt werden. Hinrichtungsvideos von islamistischen Terroristen dürften auf keinen Fall gezeigt werden.

Bei der anschließenden Diskussion mit Heinz Heim, dem Bereichsleiter Programm der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien und Carlos Zamorano, dem Direktor für Marketing & Kommunikation bei RTL 2,



Carlos Zamorano: „Jugendliche haben oft mehr Medienkompetenz als Ältere“

waren sich beide Referenten einig: Der richtige Umgang mit Medien müsse gelernt und unterstützt werden. „Jugendliche und junge Erwachsene zeigen oft eine größere Medienkompetenz als die ältere Generation“, so die Erfahrungen Zamoranos. Heim forderte eine bessere Kontrolle der sozialen Netzwerke, die junge Leute besonders gerne nutzen und dabei häufig ihre Daten unvorsichtig preisgeben. ☒

Michael Schröder

(siehe Presseschau Seite 43)



Bilder von Flugzeugkatastrophen und ihren Opfern werfen meist medienethische Fragen auf

Foto: Paul Cardin / wikimedia commons

NS-Dokumentationszentrum in München eröffnet

Ein markanter Lern- und Erinnerungsort zur Geschichte des Nationalsozialismus

Am 30. April 2015 – auf den Tag genau 70 Jahre nach dem Einmarsch der US-Truppen in die „Hauptstadt der Bewegung“ – wurde das neue NS-Dokumentationszentrum in München feierlich eröffnet. Neben zahlreicher Prominenz aus Politik, Kultur und Gesellschaft nahmen auch Überlebende des NS-Terror-Regimes an der Eröffnungsveranstaltung teil. Es soll endlich ein Zeichen setzen für eine in die Zukunft weisende Auseinandersetzung mit Münchens nationalsozialistischer Geschichte, die lange genug verdrängt wurde.

Das markante Gebäude steht auf dem ehemaligen Grundstück des „Braunen Hauses“, das der NSDAP seit 1930 als Parteizentrale diente. In unmittelbarer Nähe des Königsplatzes und neben den wieder freigelegten Fundamenten der ehemaligen „Ehrentempel“ für die Toten des Hitlerputsches vom 9. November 1923 steht der weiße Kubus. Er soll bewusst ein „Störfaktor“ sein inmitten der Reste nationalsozialistischer Architektur. Das sagt der Gründungsdirektor Prof. Dr. Winfried Nerdinger. Ausgehend von diesem authentischen Ort dokumentiert der Neubau nun Münchens nationalsozialistische Geschichte.

Die konkrete bauliche Planung des NS-Dokumentationszentrums begann im September 2006. Der Entwurf der Berliner Architekten Bettina Georg, Tobias Scheel und Simon Wetzel wurde im März 2009 mit dem ers-

ten Preis ausgezeichnet. Er sieht einen puristischen Würfel mit 22,50 Meter Kantenlänge vor, der sich in Form und Größe selbstbewusst von den historischen Bauten absetzt. Große Öffnungen in der Fassade, meist zweigeschossig und mehr als sechs Meter hoch, rücken im Innern das Umfeld bewusst und gezielt ins Blickfeld des Publikums. Die Architektur gibt den Dokumentationsraum, ergänzt und unterstützt das Ausstellungenskonzept und ermöglicht den Blick auf die baulichen Relikte der NS-Zeit in der unmittelbaren Umgebung. Dadurch wird der

Standort des neuen Zentrums selbst zu einem wichtigen Element der Dokumentation.

Der Standort des NS-Dokumentationszentrums weist auch zum städtebaulichen Umfeld enge Bezüge auf: Wenige hundert Meter entfernt an der Briener Straße liegt der „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“. Der Ort ist die zentrale Gedenkstätte für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft in München. Außerdem befand sich in unmittelbarer Nachbarschaft des Platzes das im Zweiten Weltkrieg zerstörte Wittelsbacher Palais, in dem seit 1933 das Hauptquartier und Gefängnis der Gestapo untergebracht waren. 🏠

Michael Schröder



Der Blick nach draußen – das Umfeld wird bewusst einbezogen Foto: Kulturreferat München (Stefan Müller)

DIE EINTRITTSPREISE AB DEM 1. AUGUST 2015:

Bis 18 Jahre sowie Schulklassen und Studentengruppen: Eintritt frei
Erwachsene: Einzelkarte 5 Euro | Jahreskarte 20 Euro
Ermäßigt: 2,50 Euro

Schulklassen und Gruppen nur nach Voranmeldung.

Informationen zum Rundgangs- und Seminarangebot sowie Anmeldung unter:
bildung.nsdoku@muenchen.de Telefon +49 89 233-67007

ÖFFNUNGSZEITEN:

Dienstag - Sonntag 10 - 19 Uhr
(erweiterte Öffnungszeiten für angemeldete Schulklassen und Gruppen)

***Das NS-Dokumentationszentrum
München ist bis zum 31. Juli bei
freiem Eintritt geöffnet***

Lernort mit Vergangenheit

Interview mit der Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats Prof. Niehuss

Prof. Dr. Merith Niehuss ist seit der Gründung Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des neuen Münchner NS-Dokumentationszentrums. Wir sprachen mit der Präsidentin der Universität der Bundeswehr München und Kuratorin unserer Akademie über die neue Ausstellung.

Akademie-Report: Frau Prof. Niehuss, Sie kennen die Entstehungsgeschichte des NS-Dokumentationszentrums von Beginn an und damit auch die Konflikte, die es um Personen und Konzepte gegeben hat. Warum gab es diese Anlaufprobleme?

Niehuss: Der Wissenschaftliche Beirat ist für das Konzept verantwortlich. Da gab es wegen der vielen unterschiedlichen wissenschaftlichen und politischen Richtungen natürlich Diskussionsbedarf und Auseinandersetzungen. Wir konnten uns dann aber doch einigen, eine Ausstellung über die Täter zu machen. München sollte als Täter-Stadt im Vordergrund stehen. In der Nähe haben wir ja bereits als Gedenkort das ehemalige KZ Dachau. Wir denken, Forschung und Bevölkerung sind inzwischen weit genug, München als Täter-Stadt zu akzeptieren.

Es gab Probleme mit der ersten Gründungsdirektorin.

Die technischen und organisatorischen Aufgaben rund um eine solche Ausstellung einschließlich der Architektur und des Gebäudes sind gewaltig. Diese Schwierigkeiten konnte auch ich mir am Anfang nicht vorstellen. Die von uns gewählte Person ist an der Vielfalt dieser Aufgaben letztlich gescheitert. Wir haben uns einvernehmlich getrennt. Der Nachfolger Prof. Nerdinger, der aus dem Beirat heraus gewählt wurde, stand dann unter erheblichem Zeitdruck. Nerdinger war als Architekturfachmann aber nicht allein: Ihm zur Seite standen die Geschichtswissenschaftler Marita Krauss, Peter Lonberger und Hans Günter Hockerts.

Der Wissenschaftliche Beirat ist zuständig für Konzeption und Inhalte. Wie war das Verhältnis zum Politischen Beirat und dem Kuratorium?

Absolut reibungsfrei. Der Politische Beirat war wichtig als Bindeglied zum Stadtrat und zum Landtag. Es mussten ja alle Parteien unseren Weg mitgehen



Merith Niehuss: „Wir wollten eine Ausstellung über die Täter machen“

Foto: UniBW München

und zufrieden sein mit dem Konzept. Sie wollten immer beteiligt und informiert sein, haben uns aber nie reingeredet.

Die Geldgeber wollen ja auch wissen, was mit dem Geld passiert.

Das Kuratorium hat die entscheidende Rolle bei der Finanzierung gespielt. Ohne dessen Vorsitzenden Theo Waigel hätten wir das Geld vom Bund nicht bekommen. Und das war

immerhin ein Drittel. Die Stadt München ist wichtig, weil sie die laufenden Kosten des Dokumentationszentrums trägt.

Die zukünftige Finanzierung soll ja nicht so üppig sein wie die der Aufbau-phase – insbesondere im Bereich der wissenschaftlichen Stellen.

Die befristeten Verträge der Gründungsphase laufen jetzt aus. Es bleiben aber mehr Stellen übrig, als am Anfang geplant waren.

Das Konzept der Ausstellung ist eigenwillig, weil es auf Devotionalien und Reliquien der NS-Zeit bewusst verzichtet. Es gibt nichts zum Anfassen. Gab es darüber schnell Konsens?

Anfangs nicht. Die Idee war „Nerdinger pur“. Wir sind ihm aber später gerne gefolgt. Es wäre unsäglich, Reliquien wie Hitlers Briefbeschwerer auszustellen. Wir wollten keinen Erinnerungsort an die NSDAP, sondern einen Ort der Demokratie, eine Warnung vor der Diktatur.

Ist das die zentrale Botschaft der Ausstellung?

Wir haben versucht, die Mitläufer-Perspektive zu betonen. Was machte München auch unter der Diktatur so liebenswert? Warum war das Leben in der Diktatur für viele so schön? Warum haben so wenige gemerkt, dass sie belogen und verschaukelt wurden? Warum haben sie über vieles hinweg gesehen? Warum schaut ein Polizist zu, wenn SA-Leute einen Juden verprügeln? Warum achtet man nicht darauf, was mit seinen Mitmenschen passiert? Das Versagen der Institutionen damals wollen wir ins heutige Bewusstsein bringen. Da brauche ich nichts zum Anfassen. Dieser Prozess muss im Kopf passieren.

Ist die Ausstellung verkopft?

Das ist sicher eine überspitzte Formulierung, aber ich würde es so sehen.

Besucher sagten mir, es sei eine sehr textlastige Veranstaltung.

Ich kann diesen Vorwurf nachvollziehen, würde aber trotzdem nichts ändern. Die Texte, die neben den Bildern stehen, sind nötig und gut gemacht. Man kann nur ein paar Zeilen lesen, kann sich aber auch in ein Thema vertiefen. Wir dürfen Bilder nicht ohne Erklärung stehen lassen. Bei manchen Filmen müssen wir noch nachbessern. Es wird nicht immer klar, ob es sich um Propagandamaterial oder journalistische Dokumentationen handelt. Es werden wohl noch mehr Texte werden.

Besteht die Gefahr eines „Informations-Overkills“?

Ja. Kollegen von mir sind mit internationalen Studierenden zwei Stunden durchs Zentrum gegangen. Die waren überfordert und am Ende ihrer Kräfte. Sie haben versucht, alles zu lesen und zu sehen. Ursprünglich dachten wir, wir hätten zu wenig Ausstellungsfläche. Wer alles sehen und lesen will, braucht eine sehr lange Zeit. Es wird nötig sein, Lehrkräfte genau darauf hinzuweisen, wo sie Schwerpunkte für ihre Schulklassen setzen können.

Ist die Ausstellung museumspädagogisch auf der Höhe der Zeit?

Sicher. Es gibt viele interessante didaktische Details. So die Medientische, die von Prof. Longerich entwickelt wurden. Für die Münchner besonders interessant ist ein Stadtplan, auf dem die Adressen der jüdischen Mitbürger im Jahr 1933 und danach verzeichnet sind. Diese Leuchtpunkte werden im Lauf der Jahre immer weniger. Das ist ein sehr beeindruckendes und intensives Erlebnis, sich im eigenen Stadtviertel, in der eigenen Straße einmal umzuschauen.

Warum hat es so lange gedauert, bis München bereit war, sich seiner braunen Vergangenheit zu stellen?

Andere waren sicher früher dabei – Nürnberg zum Beispiel. In den 1960er-Jahren hatte München mit der Olympiabewerbung und den Spielen 1972 genug zu tun. Da wollte man sich das positive Image nicht kaputt machen lassen. Dem damaligen Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, der sich sehr intensiv an unserer Arbeit beteiligt hat, ist dieses Versäumnis auch bewusst gewesen.

Hat sich die Arbeit an dem Projekt gelohnt, auch wenn es schwierig und aufwändig war?

Ja. Ich bin begeistert von der Ausstellung und dem Bau. Es gibt immer Nachbesserungen und man kann es nie allen recht machen. Das Gebäude passt sehr gut dahin. Das Faszinierende: Wir haben den historischen Ort. Man guckt aus dem Fenster auf den Königsplatz und daneben läuft ein Film über eine NS-Parade auf diesem Platz. Und auf der Rückseite der benachbarten Musikhochschule sieht man noch die Einschüsse aus den letzten Kriegstagen. Dieses Haus hat eine unvergleichliche Ausstrahlung.

Wird der Wissenschaftliche Beirat weiter bestehen?

Entschieden ist noch nichts. Wir jedenfalls sehen uns auch zukünftig als Begleiter der Ausstellung. Ziel bleibt die ständige Anpassung und Verbesserung. Und es geht um die Konzepte weiterer Sonderausstellungen, die Teil des Programms sind. Ob die anderen Gremien weiter existieren, wird man sehen.

Frau Prof. Niehuss, vielen Dank für das Gespräch! 📧

*Das Interview führte
Michael Schröder*



Der weiße Kubus soll ein Störfaktor sein am Königsplatz

Foto: Kulturreferat München (Stefan Müller)

„Was geht mich das an?“

Das NS-Dokumentationszentrum für die historisch-politische Bildung in der Schule nutzen

Es gibt viel zu entdecken im neuen weißen Kubus an der Briener Straße. Auf den vier Ebenen der Ausstellung wird jeweils eine Zeitspanne und deren Bedeutung thematisiert. Der Rundgang führt die Besucher vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Nachkriegszeit. Neben den grundlegenden Informationen, die auf großen Schautafeln mit Bildern und Texten dargeboten werden, bieten zahlreiche Dokumente, Filme, Fotos und Erklärungen Einblicke in unterschiedlichste Aspekte, von einer Bildkritik der fotografischen Darstellung Hitlers über Geschlechterrollen bis hin zur Rolle von Münchner Polizisten im Zweiten Weltkrieg.

Keinesfalls kann man eine Schulklasse einfach „ins Museum schicken“. Ohne gezielte Vorbereitung führt ein Besuch schnell zu demotivierender Überforderung oder erschöpft sich im oberflächlichen Anschauen angesichts des sehr umfangreichen Materials.

Schwerpunkte setzen

Es bietet sich an, den Besuch einem bestimmten Aspekt zu widmen, den man außerhalb des Unterrichts vertiefen möchte. Der Bezug zur Umgebung des Königsplatzes lädt beispielsweise dazu ein, sich intensiver mit der Rolle Münchens zu beschäftigen. Lehrplan-konforme Themen könnten etwa „die NS-Volksgemeinschaft“ oder „Aufstieg und Aufbau der NSDAP“ sein.

Die zeitliche Einteilung der Ausstellung ermöglicht es auch, den Schwerpunkt auf einen dieser Zeitabschnitte zu legen, also etwa die Anfänge des Nationalsozialismus ausgehend vom Ende des Ersten Weltkriegs näher zu betrachten. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, verschiedenen Gruppen unterschiedliche Arbeitsaufträge zu geben und die Ergebnisse im Unterricht präsentieren und diskutieren zu lassen. Die Kinder und Jugendlichen sollten in jedem Fall mit ganz konkreten Aufgabenstellungen ausgestattet werden, damit sie die Ausstellung

gezielt nutzen können. Zur Vorbereitung werden Fortbildungen für Lehrkräfte angeboten.

Multimediale Angebote

Das Lernforum im Untergeschoss bietet Schülern eine hervorragende Möglichkeit für die selbständige Recherche. Neben einer Bibliothek und didaktisch aufbereiteten Animationen zu einzelnen Themen stehen Computer bereit, an denen die gesamte Ausstellung abgerufen werden kann. Eine Besonderheit stellt hierbei das Lexikon dar. Über Links in den Texten gelangt man zu Erklärungen zentraler Begriffe oder zu Hintergrundinformationen zu bedeutenden Personen. Außerdem können Videos von Zeitzeugengesprächen angesehen werden. Neben einem selbst organisierten Besuch können auch die zahlreichen Angebote für Schulklassen genutzt werden. Die Ange-

bote sind handlungsorientiert ausgerichtet und bieten zum Beispiel die Möglichkeit, sich anhand von Originalquellen einen bestimmten Aspekt selbst zu erschließen. Außerdem steht der Gegenwartsbezug der Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Zeit im Vordergrund. Dies wird an den großen Anzeigetafeln im ersten Stock deutlich, auf denen tagesaktuelle Meldungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus präsentiert werden. Und schließlich sollen unterschiedliche Perspektiven aufgezeigt werden, um zu Diskussion und Meinungsaustausch anzuregen. Durch diese Herangehensweise leistet das Dokumentationszentrum nicht nur einen Beitrag zur historischen Aufklärung sondern auch zur politischen Bildung.

Und hoffentlich finden die Kinder und Jugendlichen durch einen Besuch des NS-Dokumentationszentrums für



Der markante Neubau bildet einen gewollten Kontrast zu den Relikten der NS-Bauten in der Nachbarschaft

Foto: Kulturreferat München (Jens Weber)

sich eine Antwort auf die Frage „Was geht mich das an?“. Die Voraussetzungen dafür sind jedenfalls gegeben. 📌

Barbara Weishaupt

Unsere Väter – unsere Mütter

Deutsche Generationen im 20. Jahrhundert

Zu welcher Generation gehören Sie? Bestimmt haben Sie schon mal in der einschlägigen Generationenliteratur sich selbst und Ihre Altersgenossen nachgeschlagen. Doch wer erschafft diese Begriffe, zu welchem Zweck und warum sind sie gerade für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts so wichtig? Die Tagung „Unsere Väter, unsere Mütter. Deutsche Generationen im 20. Jahrhundert“ ging diesen Fragen wissenschaftlich auf den Grund, ebenso wie sie versuchte, ost- und westdeutsche Generationen einander gegenüber zu stellen.

Generation War – Generation Krieg. So heißt die populäre ZDF-Miniserie „Unsere Mütter, unsere Väter“ in ihrer amerikanischen Fassung. Der Zweite Weltkrieg hat sicherlich die Menschen dieser Altersgruppe geprägt. Doch Ulrich Herbert von der Universität Freiburg sieht in der Schöpfung einer Generation weniger einen selbstständigen Akt als vielmehr das Produkt kultureller und politischer Diskurse. Am Beispiel der Wandervogel-Generation, der Hitlerjugend- oder Flakhelfer-Generation und der 68er sprach er über die Reichweite und kulturelle Hegemonie von Generationskonstruktionen. In dieser Lesart erscheinen Generationen als Identitätsangebote, welche kulturelle Trends zuspitzen und somit stilbildend werden lassen.



Ulrich Herbert: „Schöpfung einer Generation ist das Produkt kultureller und politischer Diskurse“



Sinnbild der Flakhelfer-Generation und NS-Propaganda: Auszeichnung des Hitlerjungen Willi Hübner im März 1945 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-G0627-500-001 / CC-BY-SA

„Warum sind wir eigentlich so sicher zu wissen, zu welcher Generation wir gehören?“, fragte auch Bernd Weisbrod von der Universität Göttingen. Nach seiner Ansicht helfen uns Generationenräume bei der Selbstverortung in unserer Zeit Heimat und ermöglichen ein privates Erinnerungsnetz unserer Geschichte. Am Beispiel von Kriegsjugend und Generationenerfahrung zeigte er auf, dass die nicht mehr oder nur kaum zu den Kämpfen herangezogene Jugend des Ersten und Zweiten Weltkriegs weniger durch den nur scheinbar evidenten Cha-

rakter der fehlenden Fronterfahrung geprägt wurden, sondern eher durch die Abgrenzung von den als gescheitert angesehenen Vorgängern. „Bei



Bernd Weisbrod: „Generationen ermöglichen ein privates Erinnerungsnetz unserer Geschichte“

der Generationsbildung geht es immer um Konkurrenz“, sagte der Historiker und verwies darauf, dass die angebliche Erlebnisgemeinschaft eher eine im Nachhinein konstruierte politische Erinnerungsgemeinschaft als Gegenerzählung zu anderen Altersgruppen sei. Urheber dieser Konstruktion waren strategische (meist männliche) Cliquen, die sich zum Kristallisationspunkt einer kulturellen Hegemonie stilisierten.

Subjektiv – aber nicht beliebig

Viel näher am Begriff der geschichtlichen Prägung von Altersgruppen argumentierte im Gegensatz dazu Thomas Ahbe aus Leipzig, der ein Modell einer Generationenabfolge für die DDR vorlegte. Er zeigte, dass Generationenzugehörigkeit zwar subjektiv, aber eben nicht beliebig sei, da er auf der Vergemeinschaftung von

Inhalten und Symbolen beruhe. Insofern bilde dieser Ansatz „Erlebnisschichtung, Erfahrungen und Weiterbildung sowie Erwartung und Kaliküle“ verschiedener Altersgruppen ab und verdichte diese zu einem Modell. Ganz ähnlich argumentierten auch Andrea Lettrari, Universität Bremen und Christian Nestler, Universität Rostock. Sie benannten Transformationskompetenz als entscheidendes Merkmal der „Wendekinder“.



Andrea Lettrari: „Transformationskompetenz ist entscheidendes Merkmal der ‚Wendekinder‘“

mationskompetenz als entscheidendes Merkmal der „Wendekinder“, die diese aufgrund ihrer besonderen Erfahrung des Erlebens des Mauerfalls als Kinder und der Transformation Ostdeutschlands nach 1990 erworben haben.

Generation, Gewalt und Verantwortung

„Beide Regime überboten sich darin, der Jugend Unschuld zuzusprechen.“ Benjamin Möckel (Universität zu Köln) bezeichnete so die Versuche beider deutscher Staaten, die Jugend nach dem Zweiten Weltkrieg in ihre jeweiligen Staatssysteme einzugliedern. Dabei fürchtete man gleichzeitig, dass die von den Nazis indoktrinierte Jugend den neuen Staaten gefährlich werden könnte. Die Konstruktion dieser Altersgruppe als „betrogene Generation“ erlaubte es dann, die Jugend in die Opferdiskurse zumindest der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft einzubauen.

Mit einem eher auf die Idee der generationellen Prägung bauenden Ansatz beschäftigte sich Björn Krondorfer (Northern Arizona University) mit den Autobiographien protestantischer Theologen. Im Gegensatz zur Jugend hatten einige von ihnen dem Nationalsozialismus nicht nur zur Macht verholfen, sondern waren auch handelnde Subjekte während der zwölf Jahre NS-Diktatur. Krondorfer zeigte die Selbstentschuldungsdiskurse ebenso wie auch Überreste nationalsozialistischer Diskurse in den oft erst in den 70er und 80er Jahren verfassten Autobiographien auf.

Zwei Werkstattberichte

Ein Panel berichtete von den Bemühungen heutiger Studenten, die Schicksale jüdischer Generationen aufzuzeigen. Dabei standen zunächst jüdische Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges im Vordergrund.

In einem von Juliane Gibas an der Universität Magdeburg betreuten Projekt erarbeiteten Studierende eine Ausstellung zu diesem Thema. Die darin erforschten Biographien zeigen, dass sich junge Juden oft aus dem Wunsch der Assimilation freiwillig meldeten, wobei die Tatsache der Gegnerschaft zum Zarenreich als Ort antisemitischer Pogrome auch eine Rolle spielte.

Genauso zeigen sie aber den erschreckenden Blutzoll dieser Altersgruppe und die allmähliche Entfremdung aufgrund antisemitischer Vorurteile, besonders der sogenannten Judenzählung im kaiserlichen Heer.

Andreas Bechthold (Hochschule Konstanz) berichtete von einem von seinen Studenten durchgeführten Ausstellungs-, Buch-, und Filmprojekt zur Jüdischen Jugend in Deutschland heute. Gerade mit Blick auf Selbstverständnis und Religiosität, Heimat und den Holocaust ergibt sich so das Bild einer überaus heterogenen Altersgruppe, die sich dagegen wehrt, von Diskursen über das Judentum, Israel oder den Holocaust vereinnahmt zu werden.

Vaterlosigkeit in Ost und West

Dass die essentielle Erfahrung der Vaterlosigkeit einer Generation in Ost- und Westdeutschland nach 1945 unterschiedlich ausgeprägt war, erläuterte Lu Seegers von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Während Vaterlosigkeit im Westen als Trauma empfunden und als potentielle Gefahr der Verwahrlosung stigmatisiert wurde, wurde sie im Osten als



Eine ganz andere Generation: Studenten der 68er bei einer Demonstration in Berlin
Foto: beyerw

tisiert wurde, war das im Osten weniger der Fall. Die öffentliche Nichtbeachtung des Themas in der DDR war jedoch eher dem Blick in die gesamtgesellschaftliche Zukunft und dem politischen Neuanfang geschuldet. Gemeinsam war den Kindern in Ost und West jedoch, dass der tote Vater in der Familie idealisiert wurde.

Wie der Nationalsozialismus sich im österreichischen Familiengedächtnis niedergeschlagen hat, referierte Margit Reiter von der Universität Wien.



Margit Reiter widersprach dem Mythos vom Schweigen über die NS-Zeit in Österreich
Fotos: Zerbel

Dabei widersprach sie dem Mythos vom Schweigen über die NS-Zeit in Österreich. Sie untersuchte unterschiedliche Tradierungsmuster in Familien für den Zeitraum zwischen 1940 und 1950: Was wurde erzählt und erinnert, was nicht, und wie wurde darüber gesprochen? Demnach wirkte die offizielle Version, das Land habe zum Unschuldskollektiv gehört und sei erstes Opfer der Nationalsozialisten gewesen, bestätigend auf den narrativen und eher nebenbei geführten Diskurs in den Familien.

Wie verinnerlichte die letzte DDR-Generation die Diskurse über das nationalsozialistische Erbe und die westdeutschen Strategien der Vergangenheitsbewältigung? Diese Frage beantwortete Tagungsleiter Volker Benkert mit dem Hinweis auf den

DDR-Diskurs und seine Interviews mit um 1970 geborenen Ostdeutschen. Da die NS-Vergangenheit weitgehend in den Westen exportiert wurde, erstrahlte der kommunistische Widerstand als Sinnbild für die Viktimisierung der meisten Deutschen unter den Nazis. Während viele DDR-Jugendlichen nicht in diesen offiziellen DDR-Diskurs einstiegen, so fanden sie sich im westdeutschen Ansatz der Vergangenheitsbewältigung nach 1990 auch nicht wieder.

Auslandserfahrene junge Ostdeutsche hingegen forcierten die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und kamen dem westdeutschen Diskurs recht nahe. Diese Altersgruppe möchte daher die Vergangenheit nicht unter den Teppich kehren, sondern zu einer eigenständigen Verständigung über den Nationalsozialismus kommen.

Prägung oder Erfindung?

Wulf Kansteiner von der Aarhus University führte zurück zur Frage, ob Generationen geprägt oder erfunden werden. Kansteiner zeigte dabei sowohl die Argumente verschiedener Forscher für geschichtlich geprägte Generationen als auch jene für durch Erinnerungskultur konstruierte Generationen. Er schloss mit dem Appell,



Wulf Kansteiner: „Generationenansätze nach Macht und Interesse durchleuchten“

jedweden Generationenansatz nach seinen Macht- und Interessendiskursen zu durchleuchten und sich auf die Seite derjenigen zu stellen, die aufgrund der Diskursmacht anderer am wenigsten Beachtung finden.

Die Tagung zeichnete sich besonders durch rege Teilnahme des Publikums aus, das selbst die verschiedenen deutschen Generationen (Jahrgänge 1925 bis etwa 1990) und damit die Geschichte des 20. Jahrhunderts spiegelte. ■

Miriam Zerbel
Volker Benkert



Vier Generationen einer Familie (1905)

Foto: wikimedia commons

In Deutschland wird man schneller arm

16 Prozent der Bevölkerung sind gefährdet –
Alleinerziehende und Kinderreiche besonders

Seit Jahren ist in Deutschland der Anteil armer und armutsgefährdeter Menschen mit über 13 Millionen konstant hoch. Die intensivierete Integration in den Arbeitsmarkt bietet angesichts eines Niedriglohnssektors, der nur noch in Litauen umfangreicher ist, keine ausreichende Sicherheit mehr vor der Armut. Fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen wächst in Deutschland in prekären Verhältnissen auf. Ursachen und Folgen der Armut waren Thema einer Akademietagung.

Wer ist überhaupt arm? Michael David, stellvertretender Sprecher der Nationalen Armutskonferenz und Referent beim Bundesverband der Diakonie, führte in die Begriffe ein: „Die Sozialwissenschaft unterscheidet zwischen absoluter und relativer Armut.



Michael David: „Armut bedeutet weniger Teilhabe“

Absolute Armut bedeutet, dass Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht decken können. Sie haben zum Beispiel nicht genug zu essen, keine ausreichende Kleidung oder Wohnung oder ihre ärztliche Versorgung ist nicht gesichert. Die Sicht auf relative Armut bezieht auch die Lebens- und Entwicklungschancen in einer Gesellschaft ein. Armut bedeutet letztlich, dass Personen nicht die Teilhabemöglichkeiten haben, die in einer Gesell-

schaft als normal gelten und zugleich materiellen Mangel erleiden. Wer relativ arm ist, hat beispielsweise schlechtere Bildungschancen, weniger soziale Kontakte und für ihn oder sie ist es schwerer als für andere, beruflich aufzusteigen. Die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, das heißt die soziale und kulturelle Teilhabe, ist in vielerlei Hinsicht eingeschränkt.“

Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens zur Verfügung hat. Das sind in Deutschland für einen Alleinstehenden derzeit 1063 Euro pro Monat. Von der Gesamtbevölkerung sind damit 16,1 Prozent armutsgefährdet, ihre gesellschaftliche Teilhabe ist in unterschiedlichen Bereichen prekär. So kann angemessener Wohnraum fehlen oder vollwertiges Essen nicht verfügbar sein. Unerwartete Anschaffungen etwa einer Waschmaschine oder eines Telefons sind nicht möglich oder es gibt keinen Computer-

zugang, was heute schon zur Erledigung von Schulaufgaben nötig sein kann. Alleinerziehende und Paare mit mehr als zwei Kindern haben dabei ein nochmals erhöhtes Risiko. Mit beinahe 70 Prozent ist zudem das Armutsrisiko von Arbeitslosen höher als in allen anderen Ländern der EU. Auch bei guter wirtschaftlicher Gesamtentwicklung verringert sich die Armutsrisikoquote nicht weiter.

Arme ohne Hilfe

Die bestehenden Hilfesysteme gehen laut David an fast der Hälfte der Armen vorbei: „Ein wachsender Teil der Bevölkerung lebt zwar in Armut, bezieht jedoch keine staatlichen Hilfen. Dies liegt zum einen daran, dass die Voraussetzungen für den Anspruch auf bestimmte Leistungen steigen. Andererseits nehmen immer mehr Menschen soziale Rechte nicht in Anspruch, weil sie Angst vor den damit verbundenen Sanktionen und



Zeichnung: Freimut Woessner/toonpool.com

Kontrollen haben.“ So nehmen etwa 40 Prozent der Hartz IV-Berechtigten die Hilfen nicht in Anspruch.

Ganz gleich, welche Definition man zugrunde legt: Wer als arm gilt, hat in jedem Fall „zu wenig“. Das kann unterschiedliche Formen annehmen. Es bleibt aber immer ein Mangel, den niemand als solchen rechtfertigt und den alle abschaffen wollen. Matthias Möhring-Hesse, Sozialethiker aus Tübingen, machte darauf aufmerk-



Matthias Möhring-Hesse: „Bekämpfung von Armut bedeutet auch Kontrolle“

sam, dass die Rede von Armut niemals neutral oder „normativ enthaltsam“ sein könne. Mit dem Ziel der Bekämpfung von Armut sei notwendig auch die Kontrolle von Armen verbunden, schließlich muss festgelegt sein, wer arm und unterstützungsbedürftig ist. Auch die Unterstützungspflichtigen müssen kontrolliert werden. Problematisch sind dabei Art und Umfang der Kontrolle sowie deren Ziele: Wird Unterstützung auf diskriminierende Weise geleistet? Werden die Armen möglicherweise arm belassen, weil teurere und hilfreiche Maßnahmen nicht bezahlt werden?

Verstärkte Exklusion

Gegenwärtig ist das Ziel der Politik gegen Armut vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt. Dabei machte Möhring-Hesse drei Gefahren aus:

1. Ist gesellschaftliche Integration das Ziel, kann sie nicht auch schon das Mittel sein. Wenn beispielsweise jemand in den Arbeitsmarkt integriert wird, ohne dass er hinreichend qualifiziert ist und ohne dass es ausreichend bezahlte Arbeitsplätze gibt, so wirkt gerade diese Integration exkludierend. Das ist in weiten Teilen des Niedriglohnsektors der Fall.
2. Da das Ziel anspruchsvoll ist, werden die möglichen Adressaten weitestgehend eingegrenzt, damit die Kosten möglichst gering bleiben.
3. Schließlich braucht man ein Bild des zugehörigen Mitglieds der Gesellschaft, das der Klient dann – ohne selbst gefragt zu sein – zu übernehmen hat.

Diese Asymmetrie spiegle sich auch in den konkreten Aushandlungssituationen zwischen Sachbearbeiter und Leistungsempfänger wider. Dass es kaum mehr Arbeitsagenturen ohne eigenen Sicherheitsdienst gibt, deutete Möhring-Hesse als Symptom eines tieferliegenden Anerkennungsdefizits in der gegenwärtigen Armutspolitik, die Exklusionen mitunter noch verstärkt.

Über die Verbindung von Menschenwürde und Sozialstaatlichkeit sprach die Darmstädter Juristin Anne Lenze. Angesichts der neuen Entwicklungen, die sich in den Sozialgesetzbüchern (SGB) niederschlagen, fand sie zu einem kritischen Urteil: „Die Armutsvermeidung ist nicht erklärtes Ziel des SGB II. Ganz im Gegenteil – Armut ist Mittel zum Zweck im Rahmen des Ansatzes der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Die Regelbedarfe der Grundsicherung des SGB II und SGB

XII spielen als untere Lohngrenze eine wichtige Rolle für die Einführung und Aufrechterhaltung des Niedriglohnssektors, was unschwer erklärt, warum sie vergleichsweise sehr niedrig angesetzt sind.

Das Hartz-IV-Niveau bezeichnet nach dieser Sichtweise den sogenannten ‚Anspruchs-‘ beziehungsweise ‚Akzeptanzlohn‘, der angibt, bei welchem Lohnniveau die Bereitschaft besteht, Arbeit aufzunehmen. Mit der Hartz-Gesetzgebung der Agenda 2010 wurde in Deutschland gezielt ein Niedriglohnsektor geschaffen.“

Menschenwürde und Sozialstaat

Von Seiten der juristischen Zunft erhoffte sich Lenze wenig Impulse zu einer weiteren Ausgestaltung oder auch nur dem Schutz der Sozialstaatlichkeit: „Eine besondere verfassungsrechtliche Dogmatik zu Inhalt und Funktion des Sozialen in Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz existiert bis



Armut ist nicht immer so sichtbar wie hier in München
Foto: Usien/wikimedia commons



Anne Lenze: „Hartz-Gesetze schaffen einen Niedriglohnsektor“

Fotos: Kunert

heute nicht.“ Auch das Hartz IV-Urteil von 2010, das eine direkte Verbindung von Menschenwürde und Sozialstaat zog, hat daran nichts nachhaltig verändert. Im Gegenteil war das Bundesverfassungsgericht für dieses Urteil weithin kritisiert worden. Lenze machte schließlich auch auf

die Bedeutung des „sozialhilferechtlichen Existenzminimums“ aufmerksam. Nicht nur die sogenannten Regelsätze, die gemeinhin als zu niedrig beurteilt werden, hängen davon ab, sondern auch die anerkannte Höhe des steuerfrei gestellten Existenzminimums. Nur daher ist es verständlich, dass der Finanzminister stets sehr restriktiv auf die Erhöhung der Regelsätze einwirke: Denn den steigenden Kosten folgten hier sogleich die sinkenden Einnahmen. Ein zu niedriger Ansatz des Existenzminimums sei freilich stets verfassungswidrig.

Armut von Familien

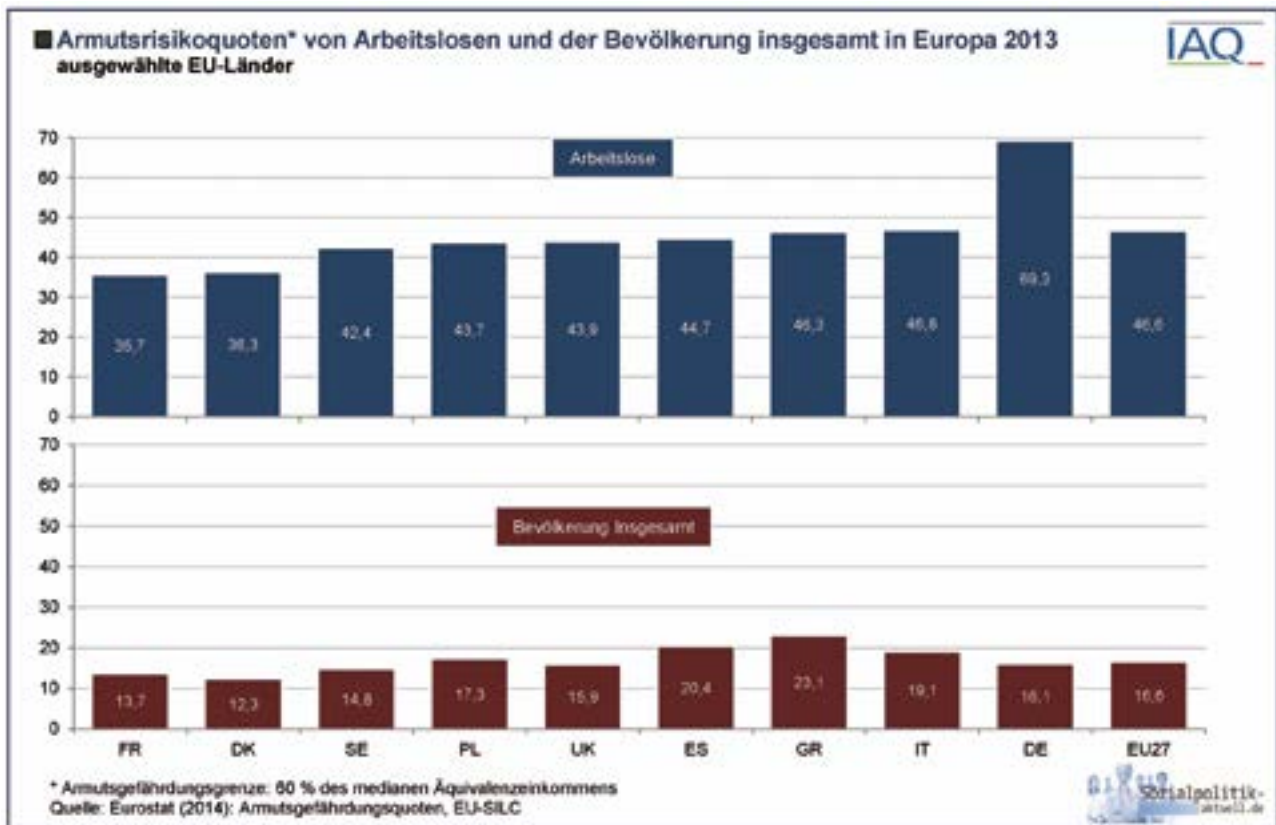
„Ein höheres Leistungsniveau ist auch für Kinder und Jugendliche erforderlich. Obwohl der Gesetzgeber sehr wohl weiß, dass je früher und je länger ein Kind Armutserfahrungen macht, desto gravierender die Folgen für seine Lebenssituation heute und seine Zukunftschancen morgen sind, werden Kinder derzeit gemeinsam mit ihren Eltern auf niedrigen

tem Niveau im Grundsicherungssystem für Erwerbsfähige mitversorgt. Um den Eltern kein zusätzliches Geld in die Hand zu geben, werden die neuen Bedarfe für Persönlichkeitsentwicklung und schulische Förderung über Sachleistungen administriert und allen Beteiligten ein erheblicher bürokratischer Aufwand zugemutet.“ Auch hier zeigt sich wieder, dass fast die Hälfte der Berechtigten die Leistung nicht beantragt.

Das Familienbild wurde von Seiten der Politik umfassend neu gestaltet. Darauf machte die Duisburger Sozialrechtlerin Helga Spindler aufmerksam. Das SGB fordere mittlerweile den Vollerwerbseinsatz der ganzen Familie. Häusliche Sorgearbeit wird nicht mehr berücksichtigt. Bis hinein in den letzten UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland schlage sich dieses neu verordnete Familienbild nieder. Dort ist die Rede davon, dass starke Kinder auch starke Eltern benötigten, die arbeiten sollen. ☘

Michael Spieker

(siehe Presseschau Seite 43)



Bildung – die große Unbekannte

Angehende Lehrkräfte diskutieren Werte und Ziele ihrer Arbeit

Warum begeistern sich Lehramtsstudenten eigentlich für die Arbeit mit jungen Menschen? Vor allem: Welche übergeordneten Bildungsziele motivieren sie für ihren täglichen Einsatz in der Schule? Und wie lassen sich diese Ziele unter den gegebenen Rahmenbedingungen im Schulalltag umsetzen? Gemeinsam mit dem Referat für Lehramt der Studierendenvertretung der Universität München und dem Münchener Zentrum für Lehrerbildung hatte die Akademie angehende Lehrerinnen und Lehrer nach Tutzing eingeladen, um über diese Fragen zu diskutieren.

Zugegeben: Bildungsthemen haben in Politik und Gesellschaft Konjunktur. Von der frühkindlichen Bildung für die Kleinsten über die Restrukturierung des Gymnasiums bis hin zu den bildungspolitischen Herausforderungen vor dem Hintergrund des technischen und demographischen Wandels gibt es zahlreiche Facetten dieses Politikfeldes, die zu intensiven Diskussionen anregen. Auffällig ist jedoch, dass dabei nur selten thematisiert wird, was genau unter Bildung verstanden werden soll. Jenseits der Feststellung Wilhelm Buschs, „daß der Mensch was lernen muß“, bleibt vieles vage. Auch der Berufsalltag der Lehrerinnen und Lehrer bietet nur selten Gelegenheit, derart grundsätzlichen Fragen nachzugehen. Dabei erlaubt es erst die Orientierung an bestimmten Bildungsidealen den Lehrenden, ihr eigenes Tun in einen größeren Sinnzusammenhang einzuordnen, der sich nicht in der reinen Lehrplannerfüllung erschöpft. Unsere Tagung sollte es daher Lehramtsstudentinnen und -studenten ermöglichen, ihre eigenen Erwartungen theoretisch fundiert und praxisbezogen zu konkretisieren und zu hinterfragen.

Bildungsideale

Zum Auftakt skizzierte Krassimir Stojanov von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt unterschiedliche Bildungsideale seit der Aufklä-

rung. Dabei traten drei Dimensionen zutage, anhand derer ein Bildungsbegriff entfaltet werden kann. Das ist zum einen der Gegensatz zwischen einem individualistischen Bildungsideal, das die Stärken und Fähigkeiten des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt rückt, und einem generalisierenden Ansatz, der von den individuellen Voraussetzungen und Vorlieben des zu Bildenden abstrahiert und das Ziel einer gleichen Bildung für alle verfolgt. Zum anderen unterscheiden sich Bildungsideale in ihrem Geltungsanspruch, der kosmopolitisch ausgerichtet sein kann oder aber

an eine bestimmte nationale Hochkultur zu einem bestimmten Zeitpunkt anknüpft, deren kanonisierte Inhalte vermittelt werden sollen. Und schließlich entsteht ein Spannungsfeld durch die Frage, ob Bildung zweckfrei oder instrumentell verstanden wird.

Inflation des Kompetenzbegriffs

In der anschließenden Podiumsdiskussion sollten die Erwartungen unterschiedlicher Interessenten an die Ergebnisse schulischer Bildung aufgegriffen werden. Neben Stojanov nahmen daran teil: Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, Jörg Eyraier vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung sowie Martin Güll, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Kultus des Bayerischen Landtags.

Grundsätzliche Konflikte blieben auf dem Podium gleichwohl aus, was sicherlich auch daran lag, dass sich alle Diskutanten darin einig waren,



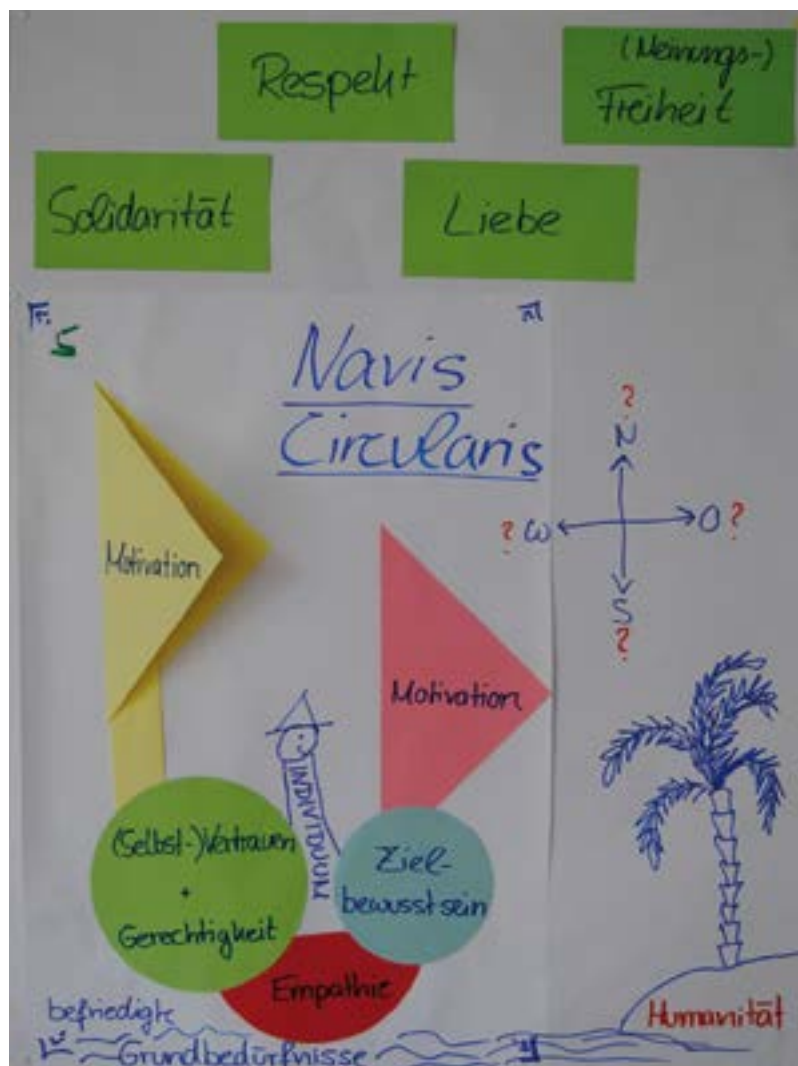
Diskussion über Bildungspolitik: Peter Driessen, Jörg Eyraier, Tagungsleiterin Barbara Weishaupt, Krassimir Stojanov, Martin Güll und Tagungsleiter Jörg Siegmund (von links)

dass Bildung nicht allein Aufgabe der Schule sei und diese daher nur einen begrenzten, wenn auch wichtigen Beitrag zur Bildung junger Menschen leisten könne. Dissens zeigte sich hingegen bei der Ausrichtung auf den Kompetenzerwerb, die die jüngste Lehrplangeneration auszeichnet. Hierbei wurde von einigen Diskussionsteilnehmern eine Inflation des Kompetenzbegriffes diagnostiziert und auch die Befürchtung geäußert, dass damit vor allem die Bildung von wirtschaftlich einsetzbarem Humankapital angestrebt werden solle. Daneben gab die Debatte zahlreiche Anregungen zu der Frage, welche Rahmenbedingungen erfolgreiche Bildungsprozesse unterstützen können. Peter Driessen verwies hierbei vor allem auf die Motivation der zu Bildenden und – weniger überraschend – auf die angemessene Ressourcenausstattung der Bildungsinstitutionen.

Kreative Workshops

Zwei Workshops unter Leitung von Susanne Ulrich vom Centrum für angewandte Politikforschung boten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung anschließend Gelegenheit, in Kleingruppen verschiedene Werte zu diskutieren, die ihres Erachtens für einen gelungenen Bildungsprozess unabdingbar sind. Wobei es nicht allein beim Diskutieren bleibt, da die Ergebnisse des Gedankenaustauschs unter Zuhilfenahme von Buntpapier, Schere und Kleber auch noch gestalterisch aufzubereiten waren. Kreativität war gefragt, was viele zunächst irritiert haben dürfte. So konnten die Ergebnisse aber umso einprägsamer präsentiert werden.

Dabei offenbarte sich eine große Bandbreite unterschiedlicher Ideale, die Bildung anstreben sollte – und unterschiedlicher Wege, um diese Ziele zu erreichen. Die meisten Aspekte konnten im Rahmen der Tagung zwar nur angerissen werden, aber dadurch erhielten die angehenden Lehrerinnen und Lehrer vielfältige Anregungen zum weiteren Nachdenken, ganz im Sinne eines kontinuierlichen Bildungsprozesses.



Kreativ aufbereitete Ergebnisse eines Workshops

Ein weiterer Baustein der Tagung war schließlich der Best-Practice-Workshop, in dessen Rahmen zum einen das Konzept der Städtischen Anne-Frank-Realschule München durch deren Leiterin Eva-Maria Espermüller-Jug vorgestellt wurde. Die Schule erhielt 2014 den renommierten Deutschen Schulpreis, wobei sie die Jury vor allem mit ihrer gesamten Lernstruktur, die aus kleinen, stabilen Gruppen besteht, überzeugen konnte. Zum anderen bot Susanne Ulrich einen praxisorientierten Einblick in das aus Israel stammende Demokratietrainingsprogramm „Betzavta“, zu Deutsch „Miteinander“, das auch im Schulalltag eingesetzt werden kann und das Verständnis der Schülerinnen und Schüler für demokratische Entscheidungsprozesse stärken soll. Es baut sehr stark auf die – vorüber-

gehende – Verunsicherung der Teilnehmenden auf, was auch während der Tutzingener Tagung gut zu beobachten war.

Insgesamt zeigten sich die Lehramtsstudentinnen und -studenten sehr zufrieden mit den Ergebnissen dieser Veranstaltung, auch wenn niemand mit einem fertigen Set von Handreichungen, wie er oder sie die eigenen Bildungsideale im Schulalltag umsetzen kann, nach Hause gefahren ist. Das Nachdenken hat sich trotzdem gelohnt, so das einhellige Resümee, und es hat Lust gemacht auf das Ausprobieren und Anwenden vieler Ideen in der schulischen Praxis. ■

Jörg Siegmund
Barbara Weishaupt

„Grünwalder Empfehlungen“ als Blaupause

Vor 60 Jahren erfolgte die konzeptionelle Grundlegung der Akademie

Am letzten Juliwochenende 1955 kamen namhafte deutsche Wissenschaftler, Pädagogen, Politiker und Beamte in der Sportschule Grünwald erstmals zusammen, um sich Gedanken um Konzeption und institutionelle Absicherung der politischen Bildungsarbeit im Freistaat Bayern zu machen. Aus den Beratungen dieses sogenannten 1. Grünwalder Arbeitskreises gingen zwei Denkschriften hervor: I. Über die Gründung einer Akademie für Politische Bildung sowie II. Über die Gestaltung der Lehrerweiterbildung in Bayern.

Die Zusammenkunft in Grünwald war auf Einladung des Bayerischen Kultusministeriums erfolgt. Mit der Organisation des Treffens war der erste Geschäftsführer der Bayerischen Landeszentrale für Heimatdienst (jetzt: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) Thomas Ellwein betraut. Die „Empfehlungen über die Gründung einer Akademie für Politische Bildung“ haben bei einer zweiten Grünwalder Tagung ihre endgültige Fassung erhalten. Dabei stützten sich die Planungen für die Tutzingener Akademie im Wesentlichen auf Erfahrungen aus Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen. Vorbilder waren u.a. die baden-württembergische Akademie für Erziehung und Unterricht (Leitung Felix Messerschmid, später erster Direktor in Tutzing), die Akademie Comburg, die Rheinhardswaldschule bei Kassel und das Haus Sonnenberg im Harz. Zu den in Nordrhein-Westfalen und Bremen bestehenden „Modell-

einrichtungen“ zählten unter anderen der Jugendhof Vlotho und die Heimvolkshochschule Bremen sowie in Hessen das Haus Schwalbach.

Die Grünwalder Arbeitskreise verfolgten – in den Worten Ellweins – die Absicht, eine Akademie für Politische Bildung „als zentrale Fortbildungsstätte für den Bereich der gesamten Beamtenfortbildung und als Hilfsmittel der Erwachsenenbildung zu schaffen.“ Nach ihren Vorstellungen „würden in der Akademie [politisch-bildnerische] Kurse für Lehrer, Beamte aller Art usw. stattfinden, die der Fortbildung im einschlägigen Bereich dienen. Daneben wäre besonderes Gewicht auf die Tagungen zu legen, in der möglichst Vertreter verschiedener Berufsgruppen zur gemeinsamen Diskussion eines bestimmten aktuellen oder grundsätzlichen Themas zusammengerufen werden sollten.“ Zug um Zug sollte allmählich eine breite Öffnung erfolgen. Davon versprach man

sich „eine spürbare Belebung aller Bemühungen um die politische Bildung“, in wachsendem Maße eigenverantwortlich getragen von einem „sich ständig erweiternden Kreis innerhalb der Bevölkerung“. Der Akademie ward insofern die Rolle zugeordnet, „in erster Linie pädagogisches Kraftzentrum“ zu sein, und „auf längere Sicht hin vor allem Impulse und Anregungen“ zu geben. Man hielt es dazu für unabdingbar, dass sie „im ständigen Kontakt mit den wissenschaftlichen Forschungsstätten und andererseits mit der [politischen] Praxis steht.“ Nötig wäre ferner „ein bestimmter Stab von festangestellten Mitarbeitern, weil die Tagungen jeweils wirklich von der Akademie durchformt sein müssen, sollen sie erfolgreich sein.“ Würden lediglich Gastdozenten herangezogen, so bestünde die Gefahr, „dass die einzelne Tagung zersplittert und von Zufälligkeiten abhängig wird.“

Als *Conditio sine qua non* erfolgreichen Wirkens der geplanten Bildungsstätte wird von Ellwein in diesem Zusammenhang herausgestrichen: „Ich brauche nicht zu betonen, dass diese Arbeit nur dann sinnvoll sein wird, wenn sie von allen demokratischen Kräften des Landes getragen wird und parteipolitisch völlig unabhängig bleibt.“ Insofern bedarf die Akademie zwingend der Freiheit und Unabhängigkeit, „die für jede Arbeit im geistigen Raum erforderlich ist und die allein das in der Öffentlichkeit notwendige Vertrauen auslösen kann.“

EINE AUSWAHL DER TEILNEHMER DER GRÜNVALDER BERATUNGEN:

MdL Dr. Walter **Becher**; Prof. Dr. Arnold **Bergstraesser**; MdL Dr. Hildegard **Brücher**; Walter **Dirks**, BLLV-Vorsitzender Wilhelm **Ebert**; Prof. Dr. Theodor **Ellwein**; Dr. Thomas **Ellwein**; Prof. Dr. Theodor **Eschenburg**; MdL Dr. Franz **Heubl**; Ministerpräsident Dr. Wilhelm **Hoegner**; MdL Waldemar von **Knoeringen**; Dr. Felix **Messerschmid**; Prof. Dr. Hans **Nawiasky**; Kultusminister Prof. Dr. August **Rucker**; Dr. Hans **Schuster**, Süddt. Zeitung; Dr. Hans-Jochen **Vogel**.

Es besteht kein Zweifel, dass die vor 60 Jahren in Grünwald entwickelte Konzeption institutionell abgesicherter politischer Bildung sich – mittels ihrer einzigartigen gesetzlichen Fassung in Gestalt des Akademiegesetzes von 1957 – für die seit über 58 Jahren erfolgreiche Akademiearbeit als richtungsweisend und zukunftsfähig zugleich erwiesen hat. ■

Steffen H. Elsner



Michael Spieker (Hrsg.)

**Ökonomische Bildung
Zwischen Pluralismus und Lobbyismus**

Tutzingener Schriften zur politischen Bildung Bd. 8,
Wochenschau Verlag, Schwalbach am Taunus 2015,
304 S., brosch., 19,80 €, ISBN 978-3-7344-0093-3

Ökonomische Bildung sollte stets zwei Grundsätze berücksichtigen. Erstens: Ökonomie ist für den Menschen da und nicht umgekehrt (Autonomiegrundsatz). Zweitens: Ökonomische Bildung sollte dazu befähigen, wirtschaftsbezogene Lebenssituationen kompetent und souverän bewältigen zu können (Orientierungsgrundsatz). Ein angemessener Bildungsstand erschöpft sich daher nicht im Erlernen wirtschaftlicher Kategorien, sondern erfordert auf jeder Ebene kritische Urteilskraft.

Die Beiträge dieses Bandes untersuchen den Begriff ökonomischer Bildung aus der Perspektive von Philosophie, Ökonomie und sozialwissenschaftlicher Didaktik. Hinzu tritt eine Analyse der gegenwärtigen Verfassung der Ökonomie in Forschung und Lehre.

Auf diese Weise vermittelt das Buch nicht nur einen Überblick über die großen Kontroversen um Inhalte und Formen, sondern liefert auch überraschende und kritische Einsichten zu Wissensdefiziten und Vermachtungstendenzen im Bereich der ökonomischen Bildung.

Mit Beiträgen von Heinz-J. Bontrup, Shan Chun, Tim Engartner, Silja Graupe, Fabian Geier, Reinhold Hedtke, Christoph Lütge, Julian F. Müller, Michael-Burkhard Piorkowsky, Kurt Röttgers, Armin Scherb und Michael Spieker.

Ursula Münch / Armin Scherb / Walter Eisenhart / Michael Schröder (Hrsg.)

**Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert
Herausforderungen, Ziele, Formate**

(erscheint im Oktober 2015 im Wochenschau-Verlag)

Die Alarmsignale sind unüberhörbar: Sinkende Wahlbeteiligung auf allen Ebenen, stetiger Rückgang der Mitgliedschaften in Parteien und Verbänden, die Abwendung von der Politik in Teilen der Bevölkerung, zunehmender Populismus, wachsende Radikalisierung, Miss- und Verachtung des politischen Führungspersonals – und alles das bei fehlendem Wissen über die parlamentarische Demokratie und ihre Strukturen und Prozesse, begleitet von einem lauter werdenden Ruf nach Mitbestimmung, mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Ein wirksames Mittel gegen Politikverdruss, Apathie, Extremismus und Populismus ist ein Mehr an politischer Bildung. Doch ihre Wirkung kann sie nur entfalten, wenn sie nicht als Feuerwehr missbraucht wird. Eine stabile Demokratie braucht Demokraten. Die fallen aber nicht vom Himmel (Theodor Eschenburg). Und als Demokrat wird man nicht geboren (Michael Greven). Deswegen brauchen Demokraten politische Bildung: durch alle Altersstufen hindurch – ein Leben lang.

Diesem Grundgedanken fühlt sich die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. seit nunmehr 50 Jahren eng verbunden und buchstabiert ihr Kürzel „DVBP“ dementsprechend aus in „Demokratie Verlangt Politische Bildung“. Der bayerische Landesverband wurde 1966 in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing unter aktiver Beteiligung des dortigen wissenschaftlichen Kollegiums gegründet. Wir nehmen dieses Jubiläum zum Anlass für diesen gemeinsamen Sammelband. Er ist sowohl Rückblick wie auch Bestandsaufnahme und Ausblick auf die Herausforderungen für politische Bildung in einer globalisierten, digitalen Medienwelt. Das Buch ist ein Plädoyer für eine wertgebundene, an Rationalität orientierte und kontinuierliche politische Bildung.

Franziska Zimmerhackl in der *MÜNCHNER KIRCHENZEITUNG*
vom 26. Mai 2015:

Gegen Armut und Ausgrenzung

Armut hat in Bayern und ganz Deutschland viele Gesichter. Nach der europäischen Vergleichsstatistik EU-SILC sind in Deutschland 16 Prozent der Menschen armutsgefährdet. Zieht man weitere Indikatoren wie Überschuldung, Wohnsituation oder die Möglichkeit, sich benötigte elektrische Großgeräte anzuschaffen hinzu, kommt man sogar auf 20,3 Prozent. Bei Alleinerziehenden liegt das Armutsrisiko, die „relative Einkommensarmut“, bei 35 Prozent, bei Arbeitslosen sogar bei knapp 70 Prozent...

...Der Erfolg von Maßnahmen gegen Armut werde politisch meist nur anhand der Nähe zum Arbeitsmarkt beurteilt. Dabei sei die finanzielle Situation der betreffenden Personen nur ein – nicht unbedeutender – Teil. Diese Meinung vertrat der engagierte Katholik und CSU-Politiker Joachim Unterländer, unter anderem Vorsit-

zender des Landtagsausschusses für Arbeit und Soziales und Vorstandsmitglied des Diözesanrats: „Ich denke, dass das eine wesentlich größere Rolle für die betroffenen Menschen, aber auch in der Gesellschaft spielt, dass wir eine soziokulturelle Armut haben, von Menschen, die abgehängt sind, die sich nicht beteiligen können aus den verschiedensten Gründen. Das können auch ganz spezielle Bevölkerungsschichten sein, die in der Demokratie nicht entsprechend mitwirken können.“ Als Beispiele nannte er pflegende Angehörige, Menschen mit Behinderung, aber auch Leute wohnhaft in Gebieten, wo Monostrukturen im Städtebau vorherrschen.

Die SPD-Politikerin Johanna Rumschöttel, von 2008 bis 2014 Landrätin des Landkreises München und derzeit auch Vorsitzende des Katholikenrates der Region München, forderte dazu auf, Menschen bei der Arbeitsvermitt-

lung mit ihren Multiproblemlagen ernstzunehmen: „Es gibt ja in Oberbayern fast keine Arbeitslosigkeit. Die Menschen, die hier arbeitslos sind, haben Vermittlungshindernisse, die nicht damit zusammenhängen, dass es keine Ausbildungs- oder Arbeitsplätze gibt.“ Es sei ihr wichtig, „erst diese Vermittlungshindernisse versuchen abzubauen beziehungsweise, wenn es gar nicht geht, zu akzeptieren, dass es auch Menschen gibt, die einfach nicht arbeiten können“, die aber trotzdem Anspruch auf Wahrung der Menschenwürde und gesellschaftliche Akzeptanz hätten, so die engagierte Katholikin.

Dazu seien in ihrer Amtszeit im Landkreis München einige freiwillige Leistungen gesetzt worden: Nachdem der Landkreis die Vermittlung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern übernahm und somit „Optionskommune“ wurde, wurde ein „Sozialbürgerbüro“ geschaffen, das Menschen mit ihren Multiproblemlagen vor der eigentlichen Arbeitsvermittlung erst einmal aufnimmt“...

(siehe Bericht Seite 36)

Sabine Jörk in *DEF AKTUELL* vom Juni 2015:

Gratwanderungen – Mediatisierung ist das Problem, nicht Boulevardisierung

...Auf dem Podium diskutierten Katharina Geiger (Geschäftsführerin des Deutschen Evangelischen Frauenbundes), Carlos Zamorano (Direktor Marketing & Kommunikation, RTL 2) und Heinz Heim (Bereichsleiter Programm der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien). Zum Auftakt stellte Zamorano das Unternehmen RTL 2 vor und zeigte die aktuellen Highlights aus dem Programm. Dabei betonte er immer wieder, dass die Bundeszentrale für politische Bildung Themen in den Formaten „Berlin Tag & Nacht“ und „Köln 50667“ setze, um auf diese Weise Jugendliche zu errei-

chen. Heim stellte kurz die BLM vor, die Regulierungsmöglichkeiten und betonte die Schwierigkeiten der Kontrolle bei ausländischen Anbietern wie beispielsweise Youtube. Einig waren sich Heim und Zamorano hinsichtlich der Probleme bei der Umsetzung des Jugendmedienschutzes; beide weisen daraufhin, dass es keine europaweite Regelung gibt und auch national keinen aktuellen Staatsvertrag. Auf die Frage, ob Eltern in ihrer Verantwortung bei der Medienerziehung allein gelassen werden, wies Heim ausdrücklich auf die vielen medienpädagogischen Angebote der BLM hin und

auch Zamorano führte Formatbeispiele auf, die die Eltern unterstützen sollten. Er stellt jedoch die These auf, dass Jugendliche heute medienkompetenter – nicht nur hinsichtlich der technischen Kompetenz – als die älteren Erwachsenen sind. Heim betonte, dass die Kinder und Jugendlichen in der Medienkompetenz Autodidakten sind, die vor allem bei den Gefahren Unterstützung brauchen. Die Frage, ob die Ethik auf der Strecke bleibe, verneinte Zamorano und Heim entschieden.

(siehe Bericht Seite 27)

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

- 36-1 1. – 4. September
Tutzinger Sommerakademie:
25 Jahre deutsche Einheit:
Eine wirtschaftliche und soziale Bilanz
 In Zusammenarbeit mit dem ifo-Institut Dresden
 Leitung: Wolfgang Quaisser / Joachim Ragnitz
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
- 38-3* 16. – 19. September
Organisiertes Verbrechen.
Herausforderungen für Deutschland und Europa
 Interdisziplinäre Kooperationstagung mit der
 Studienstiftung des deutschen Volkes
 Leitung: Andreas Kalina / Peter Kainz
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
- 39-2* 21. – 23. September
Neue Herausforderungen der
internationalen Sicherheitspolitik
 In Kooperation mit dem Landeskommmando Bayern
 Leitung: Anja Opitz / Uwe Löffler
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 39-4* 21. – 23. September
Wertebildung in den Naturwissenschaften
 In Kooperation mit der Universität Bamberg
 Leitung: Michael Spieker / Tanja Berthold
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
- 39-1 23. – 25. September
Indien denken.
Indien und die deutsche Indologie um 1800
 In Kooperation mit der Technischen Universität Dresden
 Leitung: Michael Spieker / Bruno Haas
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17
- 39-3 25. – 26. September
Energiewende(n) – Politik unter Druck der Bürger
 Leitung: Andreas Kalina
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17
- 40-1* 28. September – 2. Oktober
Politik und Ethik: Weltreligionen
 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
 Leitung: Michael Spieker / Angelika Klemenz-Klebl
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

- 40-2* 28. September – 2. Oktober
Umwälzungen im Nahen Osten:
Alte Konflikte – Neue Entwicklungen
 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
 Leitung: Anja Opitz / Evelin Mederle
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

Oktober

- 41-1* 5. – 9. Oktober
Internationale Akademie:
Klientelismus in Südosteuropa
 54. Internationale Hochschulwoche in Zusammen-
 arbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft München
 Leitung: Wolfgang Quaisser / Ioannis Zelepos /
 Klaus Roth
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 41-3 9. – 11. Oktober
„Faule Säcke“ oder Leistungsträger der Nation?
Unsere Lehrer – unsere Gesellschaft
 In Zusammenarbeit mit dem Münchener Zentrum
 für Lehrerbildung (MZL) der Ludwig-Maximilians-
 Universität München
 Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund /
 Barbara Weishaupt / Joachim Kahlert
 Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47
- 42-1* 12. – 16. Oktober
Fakultas Sozialkunde: Politische Systeme
 Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde
 an Gymnasien
 7. Sequenz / 1. Lehrgang
 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
 Leitung: Gero Kellermann / Sabine Wintermantel
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen
- 42-2* 15. – 16. Oktober
„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
aktivcoach 2015
 Seminar für Schülerinnen und Schüler
 In Zusammenarbeit mit dem Projekt „Schule ohne
 Rassismus – Schule mit Courage“ und dem Pädago-
 gischen Institut der Landeshauptstadt München
 Leitung: Barbara Weishaupt / Imke Scheurich
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

42-4 16. – 18. Oktober
Entgrenzter Extremismus – bedrohte Freiheit
 In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und der Europäischen Akademie Bayern
 Leitung: Michael Schröder / Armin Scherb / Birgit Schmitz-Lenders
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

43-3* 19. – 21. Oktober
**US – EU Dynamics:
 Aspects of a complex transatlantic relationship**
 In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München
 Leitung: Anja Opitz / Gabriele Rigó-Titze
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über das Pädagogische Institut München

43-1* 21. – 23. Oktober
Flüchtlinge – Perspektiven und Herausforderungen aus kommunaler Sicht
 In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Kooperation in der interkulturellen Arbeit (AKIA) München
 Leitung: Gero Kellermann / Martha Doll / Wilhelm Dräxler
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17

43-2 23. – 25. Oktober
**Nord versus Süd – West versus Ost?
 Alte und neue Grenzziehungen in der EU**
 Leitung: Andreas Kalina
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

43-4 23. Oktober
**Kultur in der Akademie:
 Tutzingener Kulturnacht 2015**
 Leitung: Manfred Schwarzmeier
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

43-5 23. – 25. Oktober
**Tutzingener Journalistenakademie:
 Zukunftswerkstatt Radionachrichten**
 Workshop in Zusammenarbeit mit der ARD.ZDF Medienakademie und dem Südwestdeutschen Rundfunk (SWR)
 Leitung: Michael Schröder / Tobias Geißner / Christoph Ebner
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
*Achtung: Erhöhte Tagungsgebühr!
 Außenveranstaltung in Baden-Baden*

44-1* 26. – 30. Oktober
Das Zeitalter der Weltkriege 1914 bis 1945
 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
 Leitung: Michael Mayer / Sabine Wintermantel
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

44-2* 26. – 30. Oktober
Die EU zwischen Solidarität und nationalen Interessen
 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
 Leitung: Andreas Kalina / Barbara Keppeler
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

44-4 28. Oktober – 4. November
Philosophie vor Ort: Epidauros und Athen
 In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München
 Leitung: Michael Spieker / Peter Schmidbauer
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
Außenveranstaltung in Griechenland

44-5 29. Oktober
**Akademiegespräch am See:
 Bundeswehr und Gesellschaft – Auftrag, Wertebdebate. Zukunft in einer entgrenzten Welt**
 In Kooperation mit dem Landeskommmando Bayern
 Leitung: Ursula Münch / Andreas Kalina / Anja Opitz / Helmut Dotzler
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sabine Wohlhaupter

(Sekretariat der Direktorin)
 S.Wohlhaupter@apb-tutzing.de

Antonia Kreitner

A.Kreitner@apb-tutzing.de

Ingrid Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Alexandra Tatum-Nickolay

A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de

Simone Zschiegner

S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

November

45-1 5. – 6. November

Wirtschaftsfaktor Alter

In Zusammenarbeit mit der LandesSeniorenVertretung Bayern (LSVB) und dem Bayerischen Landesausschuss Hauswirtschaft (BayLaH)

Leitung: Wolfgang Quaisser /
Hanka Schmitt-Luginger / Margarete Engel
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

45-3 6. – 8. November

Ein Blick durchs Schlüsselloch. Politik und Gesellschaft der DDR im Spiegel des Polizeirufs 110

Leitung: Jörg Siegmund
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

45-2* 8. – 13. November

Halbzeit für die Große Koalition Politik und Medien in der Hauptstadt

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

Achtung: Erhöhte Tagungsgebühr! Außenveranstaltung in Berlin! Anmeldung über die Akademie Dillingen

46-2* 9. – 13. November

Sozialkunde, Sozialwissenschaftliche Arbeitsfelder, Sozialpraktische Grundbildung

Lehrplaninhalte am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Gymnasium mit sozialwissenschaftlichem Profil (WSG-S)
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Manfred Schwarzmeier / Sabine Wintermantel
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

46-7 10. November

Erfolgsgeschichte Arbeitnehmermobilität? Deutsche und (süd-)osteuropäische Perspektiven

In Zusammenarbeit mit der InterKulturellen Akademie der Inneren Mission München / Diakonie in München und Oberbayern
Leitung: Andreas Kalina / Sabine Lindau
Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

46-6 11. – 13. November

Aktuelle Politik im Unterricht

Lehrerfortbildung
Leitung: Barbara Weishaupt
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

46-3 13. – 15. November

Zucht und Ordnung:

Gewalt gegen Kinder in historischer Perspektive

In Kooperation mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Leitung: Michael Mayer / Stefan Grüner /
Markus Raasch
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

47-1* 16. – 18. November

Tutzingener Schülerforum: Nahost-Region

Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

47-2* 16. – 18. November

Grenzenlose (Un-)Sicherheit –

Die Globalisierung von Kriminalität und Terror

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Gero Kellermann
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

47-4 18. – 20. November

Europa denken!

In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung des politischen Denkens e.V.

Leitung: Michael Spieker / Clemens Kauffmann
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

47-6 18. – 20. November

Rechtsextremismus in der Region

In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Leitung: Michael Schröder / Armin Scherb
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Außenveranstaltung im Evangelischen Bildungszentrum Hesselberg

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

47-8 20. – 22. November

ASIEN-Akademie:

China und die arabische Welt

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Saskia Hieber / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

48-5 23. – 25. November

**Das bayerische Gymnasium der Zukunft
Impulse aus der Akademie**

In Zusammenarbeit mit der Regionalen Lehrerfortbildung Oberbayern-West

Leitung: Ursula Münch / Barbara Weishaupt

Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

48-1* 24. – 25. November

**Armut und Reichtum in der Demokratie:
Wie wollen wir zusammen leben?**

Jahrestagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB)

Leitung: Michael Schröder / Ulrich Ballhausen / Ina Bielenberg

Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

48-4 27. – 28. November

(Keine) Zeit für Demokratie?

Politische Willensbildung unter Druck

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Gerd Rudel

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

49-1* 30. November – 4. Dezember

Jugend und Recht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Oliver Laqua

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

49-2* 30. November – 4. Dezember

Politische Landeskunde Frankreich:

Neue Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Mayer / Gerhard Finster

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Dezember

49-3 4. – 6. Dezember

Tutzing Mediendialog:

Grenzüberschreitungen –

Medienethik im digitalen Zeitalter

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanebeck

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

50-1* 7. – 11. Dezember

Kulturen begegnen sich –

Vielfalt als Chance und Herausforderung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jörg Siegmund / Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-2* 7. – 11. Dezember

Klimawandel –

Herausforderungen für Politik und Gesellschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Evelin Mederle

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-4 11. – 13. Dezember

A Transformational Presidency?

Die Ära Barack Obama

In Kooperation mit der Technischen Universität

Kaiserslautern und der Atlantischen Akademie

Rheinland-Pfalz

Leitung: Anja Opitz / Heinz Gärtner /

Thomas Jäger / Jürgen Wilzewski

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

51-1 16. – 18. Dezember

Platons Gesetze.

Neue Perspektiven auf den Dialog Nomoi

Leitung: Michael Spieker / Manuel Knoll / Francisco Lisi

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-4

Internet: www.apb-tutzing.de
www.facebook.com/APBTutzing

www.twitter.com/APBTutzing
www.youtube.com/APBTutzing

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch sprach sowohl vor den Mitgliedern des Kaufmanns-Casino München e.V. als auch vor den Mitgliedern von Club Soroptimist International Fünfseenland über die Flüchtlings- und Asylpolitik der Europäischen Union sowie die Ursachen der aktuellen Fluchtbewegungen. An der Universität der Bundeswehr München hielt Professor Münch im Frühjahrstrimester 2015 gemeinsam mit der Historikerin Prof. Schraut ein interdisziplinäres Seminar im Masterstudiengang zum Thema: „Migration und Integration als Themen historisch-politischer Bildung“.

BEIRAT

Dieter Janecek MdB hat als Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen den Beirat verlassen. Wir bedanken uns für die engagierte Mitarbeit und Denkanstöße für die Arbeit der Akademie. Seine Nachfolgerin ist **Sigi Hagl**, die bayerische Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. Wir begrüßen sie herzlich und freuen uns auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit.

KOLLEGIUM

Sebastian Haas, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Akademie, wurde während seiner Elternzeit an der Universität Passau im Fachbereich Mittlere und Neuere Geschichte promoviert. Seine Dissertation trägt den Titel „Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858-1871). Programm und Inhalt, Autoren und Wirkung einer Zeitschrift im Deutschen Liberalismus“. Wir gratulieren herzlich.

Dr. Andreas Kalina leitete in Kairo einen fünftägigen Expertenworkshop zum Thema „Dezentralisierungskonzepte und Umsetzung: Deutsche und ägyptische Erfahrungen“ und sprach dort über unterschiedliche Facetten der Regionalisierung und Föderalisierung politischer Systeme. Anlässlich der Passauer Politiktage moderierte er im Audimax der Universität die Podiumsdiskussion zum Thema „Der unsichtbare Feind – von Terrorangriffen und Drohnenschlägen“ (siehe Bericht Seite 19).

Dr. Anja Opitz hielt im Rahmen des 24. Lehrgangs für Verwaltungsführung in der Bayerischen Staatskanzlei einen Vortrag über das Thema „Der Nahostkonflikt. Herausforderungen und Potentiale“. Für den Generalkurs EU Security and Defence Policy, der durch die Republik Moldavien, den Europäischen Auswärtigen Dienst, das European Security and Defence College und durch das österreichische Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport in Chişinău, Moldavien ausgerichtet wurde, referierte sie zum Thema „The Future of CSDP“. Zudem moderierte sie auf einer Veranstaltung der Hanns-Seidel Stiftung in München ein Panel über das aktuelle Thema „Eine diplomatische Lösung des Atomkonflikts? Die Verhandlungen mit Teheran in der entscheidenden Phase.“

Jörg Siegmund hat im Bayerischen Landtag einen Vortrag vor einer Delegation ehemaliger katalanischer Abgeordneter mit dem Titel „Baviera en el marco institucional de la República Federal de Alemania“ („Bayern im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland“) gehalten.

Dr. Michael Spieker trug in Obermarchtal über Platons Dialog Alkibiades und die Frage „Was ist der Mensch?“ vor. In Achatzwies hielt er Vorträge über die Philosophie der Menschenwürde und in München sprach er über „Inklusion: ein Begriff und seine Verwirklichung im Unterricht und darüber hinaus“. Auch an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br. und an der Katholischen Stifterhochschule Benediktbeuern hielt er im Sommersemester Seminare zu diesem Thema.

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)**

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name		Vorname	
Straße		PLZ	Ort
Tel.	Fax	E-Mail	
Beruf/Institution		Geburtsjahr	

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mich Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung.